

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/037(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 09.09.2021	Ratssaal	14:00Uhr	21:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschriften der 035./036. (VII) Sitzungen des Stadtrates am 15./19.07.2021 - öffentlicher Teil
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 5.1 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung DS0515/20
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung
WV v. 18.02.2021
- 5.1.1 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung DS0515/20/1
Fraktion GRÜNE/future!

WV v. 18.02.2021

5.1.2	2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung BA SAB	DS0515/20/1/1
5.1.3	2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung SPD-Stadtratsfraktion	DS0515/20/2
5.2	Neufassung der Satzung über die Unterhaltung und Organisation der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Magdeburg (Feuerwehrsatzung) BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0224/21
5.3	ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH BE: Bürgermeister WV v. 15.07.2021	DS0329/21
5.3.1	ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH Fraktion GRÜNE/future! WV v. 15.07.2021	DS0329/21/1
5.3.2	ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 15.07.2021	DS0329/21/2
5.3.3	ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH Fraktion DIE LINKE	DS0329/21/3
5.4	Magdeburg Marketing, Kongress und Tourismus GmbH (MMKT) BE: Bürgermeister	DS0336/21
5.5	Jahresabschluss 2020 der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG BE: Bürgermeister	DS0338/21
5.6	Jahresabschluss 2020 der MVB-Verwaltungs-GmbH BE: Bürgermeister	DS0339/21
5.7	Jahresabschluss 2020 der Zentrum für Neurowissenschaftliche Innovation und Technologie (ZENIT) GmbH BE: Bürgermeister	DS0364/21
5.8	Annahme einer Schenkung gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA BE: Bürgermeister	DS0250/21
5.9	Kostensteigerung Baumaßnahme „Ersatzneubau Sportplatzfunktionsgebäude SG Handwerk Magdeburg e.V.“ BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport	DS0315/21
5.10	Finanzierung von Leistungen der Schulsozialarbeit an 13 Schulstandorten im Zeitraum 01.01.2022 bis 30.06.2023 BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0262/21

5.11	Satzung über die Übermittlung/Verarbeitung von Daten - Tagesbetreuung von Kindern BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0299/21
5.12	Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022 BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0258/21
5.12.1	Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022 Fraktion DIE LINKE	DS0258/21/1
5.12.2	Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022 Jugendhilfeausschuss	DS0258/21/2
5.12.3	Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022 Jugendhilfeausschuss	DS0258/21/3
5.12.4	Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022 Jugendhilfeausschuss	DS0258/21/4
5.12.5	Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022 Jugendhilfeausschuss	DS0258/21/5
5.12.6	Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022 Jugendhilfeausschuss	DS0258/21/6
5.12.7	Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022 Jugendhilfeausschuss	DS0258/21/7

5.12.8	Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022 Jugendhilfeausschuss	DS0258/21/8
5.13	Finanzierung der Baumaßnahme "Grundhafte Instandsetzung Geh- u. Radwegbrücke am Cracauer Wehr" (Wasserfallbrücke) BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0097/21
5.13.1	Finanzierung der Baumaßnahme "Grundhafte Instandsetzung Geh- u. Radwegbrücke am Cracauer Wehr" (Wasserfallbrücke) CDU-Ratsfraktion	DS0097/21/1
5.14	Neubesetzung des Gestaltungsbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg ab 2022 und Aktualisierung der Geschäftsordnung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0354/21
5.15	Bestätigung des Rahmenplanes Sudenburger Wuhne und Einleitung der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Sudenburg West" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0172/21
5.16	Weiterführung 2. Änderungsverfahren B-Plan 111-2 "Olvenstedter Graseweg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0309/21
5.16.1	Weiterführung 2. Änderungsverfahren B-Plan 111-2 "Olvenstedter Graseweg" Oberbürgermeister	DS0309/21/1
5.17	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum einfachen Bebauungsplan Nr. 333-1 "Spielplatz Bergstraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0145/21
5.18	Satzung des einfachen Bebauungsplans Nr. 333-1 "Spielplatz Bergstraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0146/21
5.19	22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" - Behandlung der Stellungnahmen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0196/21
5.20	22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" - Feststellungsbeschluss BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0197/21
5.21	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0181/21

5.22	Satzung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0182/21
5.22.1	Satzung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A „Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten“ CDU-Ratsfraktion	DS0182/21/1
5.22.2	Satzung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" SPD-Stadtratsfraktion	DS0182/21/2
5.23	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zu 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 242-1A "Elbbahnhof" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0107/21
5.24	Satzung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 242-1A "Elbbahnhof" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0108/21
5.25	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplan Nr. 174-2 "Südlich Sieverstorstraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0320/21
5.26	Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs zum B-Plan Nr. 174-2 "Südlich Sieverstorstraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0321/21
6	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
6.1	Geeignete Sitzbänke auf dem Domplatz - Alternativen zum Prototyp von Achim Kühn ehemalige Fraktion Tierschutzpartei/BfM WV v. 14.05.2020	A0101/20
6.1.1	Geeignete Sitzbänke auf dem Domplatz - Alternativen zum Prototyp von Achim Kühn Kulturausschuss	A0101/20/1
6.1.2	Geeignete Sitzbänke auf dem Domplatz - Alternativen zum Prototyp von Achim Kühn	S0142/21
6.2	Konzept zur Ursachenbekämpfung des vermehrten Auftretens von Ratten Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 08.10.2020	A0212/20
6.2.1	Konzept zur Ursachenbekämpfung des vermehrten Auftretens von Ratten Fraktion DIE LINKE	A0212/20/1

6.2.2	Konzept zur Ursachenbekämpfung des vermehrten Auftretens von Ratten	S0417/20
6.3	Förderung einer Fachkraft für den hauswirtschaftlichen und technischen Bereich im Frauenhaus Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion WV v. 15.07.2021	A0015/21
6.3.1	Förderung einer Fachkraft für den hauswirtschaftlichen und technischen Bereich im Frauenhaus Magdeburg Fraktion DIE LINKE WV v. 15.07.2021	A0015/21/1
6.3.2	Förderung einer Fachkraft für den hauswirtschaftlichen und technischen Bereich im Frauenhaus Magdeburg Ausschuss FuG WV v. 15.07.2021	A0015/21/2
6.3.3	Förderung einer Fachkraft für den hauswirtschaftlichen und technischen Bereich im Frauenhaus Magdeburg SPD- Stadtratsfraktion	A0015/21/3
6.3.4	Förderung einer Fachkraft für den hauswirtschaftlichen und technischen Bereich im Frauenhaus Magdeburg	S0083/21
6.3.5	Förderung einer Fachkraft für den hauswirtschaftlichen und technischen Bereich im Frauenhaus Magdeburg	S0354/21
6.4	Standbild Magdeburger Reiter Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 18.02.2021	A0019/21
6.4.1	Standbild Magdeburger Reiter	S0100/21
6.5	Verbesserung der Tierheim-Webseite zur Steigerung der Vermittlungschancen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 18.03.2021	A0039/21
6.5.1	Verbesserung der Tierheim-Webseite zur Steigerung der Vermittlungschancen	S0125/21
6.6	Aufnahme aufgefundener Katzen im Tierheim der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 18.03.2021	A0040/21
6.6.1	Aufnahme aufgefundener Katzen im Tierheim der Landeshauptstadt Magdeburg	S0127/21

6.7	Baustellen in Magdeburg CDU-Ratsfraktion WV v. 05.04.2021	A0062/21
6.7.1	Baustellen in Magdeburg	S0219/21
6.8	Die Chancen des Radförderprogramms "Stadt und Land" nutzen Interfraktionell WV v. 15.04.2021	A0065/21
6.8.1	Die Chancen des Radförderprogramms "Stadt und Land" nutzen CDU-Ratsfraktion WV v. 15.04.2021	A0065/21/1
6.8.2	Die Chancen des Radförderprogramms "Stadt und Land" nutzen	S0190/21
6.9	Installation einer Fahrradbox am Elberadweg / Knochenhauerufer Fraktion FDP/Tierschutzpartei WV v. 15.07.2021	A0070/21
6.9.1	Installation einer Fahrradbox am Elberadweg / Knochenhauerufer Ausschuss StBV WV v. 15.07.2021	A0070/21/1
6.9.2	Installation einer Fahrradbox am Elberadweg / Knochenhauerufer Ausschuss StBV WV v. 15.07.2021	A0070/21/2
6.9.3	Installation einer Fahrradbox am Elberadweg / Knochenhauerufer SPD-Stadtratsfraktion WV v. 15.07.2021	A0070/21/3
6.9.4	Installation einer Fahrradbox am Elberadweg / Knochenhauerufer	S0169/21
6.10	Neubau Städtisches Tierheim Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 15.04.2021	A0076/21
6.10.1	Neubau Städtisches Tierheim	S0171/21
6.11	Sichere Straßenübergänge am Diesdorfer Graseweg SPD-Stadtratsfraktion WV v. 06.05.2021	A0079/21
6.11.1	Sichere Straßenübergänge am Diesdorfer Graseweg	S0235/21

6.12	Unterstand/Wartehäuschen "Auf den Höhen" Fraktion FDP/Tierschutzpartei WV. v. 06.05.2021	A0091/21
6.12.1	Unterstand/Wartehäuschen "Auf den Höhen"	S0245/21
6.13	Beauftragung/Erstellung eines öffentlichen Wegekatasters Fraktion GRÜNE/future! WV v. 06.05.2021	A0097/21
6.13.1	Beauftragung/Erstellung eines öffentlichen Wegekatasters SPD-Stadtratsfraktion	A0097/21/1
6.13.2	Beauftragung/Erstellung eines öffentlichen Wegekatasters	S0250/21
Neuanträge		
6.14	Straßenbenennung Akazienplatz im Stadtteil Rothensee SPD-Stadtratsfraktion	A0165/21
6.15	Sichere Fahrradabstellmöglichkeiten am Ulrichplatz 2-6 Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0158/21
6.16	Schnelle Lösung der dringendsten Probleme in der Rettungswache der Berufsfeuerwehr Magdeburg Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0159/21
6.17	Zeitparkplätze Berliner Chaussee - Höhe Lidl und toom-Baumarkt Fraktion FDP/Tierschutzpartei SR Rupsch, CDU-Ratsfraktion	A0160/21
6.18	Aufwertung des Gedenkkalenders der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0161/21
6.19	Gestaltung weiterer Figuren im Elbauenpark SR`in Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei SR Müller, Fraktion DIE LINKE	A0163/21
6.20	Installation von digitalen Anzeigetafeln in den Bürgerbüros SR`in Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei SR Müller, Fraktion DIE LINKE SR Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion	A0164/21
6.21	Magdeburger Wasserstoff-Strategie CDU-Ratsfraktion	A0170/21
6.21.1	Magdeburger Wasserstoff-Strategie Fraktion Grüne/future!	A0170/21/1

6.22	Mehr Verkehrssicherheit für den Magdeburger Wochenmarkt CDU-Ratsfraktion	A0171/21
6.22.1	Mehr Verkehrssicherheit für den Magdeburger Wochenmarkt Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0171/21/1
6.23	Moderner und attraktiver Arbeitgeber Stadt Magdeburg CDU-Ratsfraktion	A0172/21
6.24	Wanderausstellung „70 Jahre Kunst am Bau“ in Magdeburg zeigen Fraktion DIE LINKE	A0175/21
6.25	Zuflucht für Menschen aus Afghanistan Fraktion Grüne/future! Fraktion DIE LINKE	A0174/21
6.26	Verkehrsfluss in der Hellestraße Fraktion AfD	A0178/21
6.27	Stadtteilzentrum Cracau CDU-Ratsfraktion	A0179/21
6.27.1	Stadtteilzentrum Cracau Interfraktionell	A0179/21/1
6.28	Erwachsenspielplätze Fraktion AfD	A0180/21
6.29	Änderung der Abfallgebührensatzung Fraktion AfD	A0181/21
6.30	Erweiterte Realität für den Breiten Weg Fraktion AfD	A0182/21
6.31	Protected Bikelane in der Straße "Am Fuchsberg" Interfraktionell	A0166/21
6.32	Festungsradweg Fraktion Grüne/future!	A0167/21
6.33	Farbliche Hervorhebung von Bordradwegen Interfraktionell	A0168/21
6.34	Mietspiegel Fraktion Grüne/future!	A0169/21
6.34.1	Mietspiegel CDU-Ratsfraktion	A0169/21/1
6.35	Digitalisierung in Aufsichtsgremien Fraktion Grüne/future!	A0173/21
6.35.1	Digitalisierung in Aufsichtsgremien	A0173/21/1

	Fraktion DIE LINKE	
6.36	Katastrophenschutz Fraktion Grüne/future!	A0176/21
6.37	Frühestmögliche Einbeziehung der Gemeinwesenarbeitsgruppen (GWA) in Projekte der Stadtentwicklung (reloaded) Fraktion DIE LINKE	A0177/21
6.38	Übernahme Bürgschaft/ Kaution zur Ermöglichung zeitnaher Bestattung auf dem Jüdischen Friedhof Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0183/21
6.39	Kurzfristige auswärtige Unterbringung der Schimpansen des Magdeburger Zoos Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0184/21
6.40	Sprachwirrwarr beenden - Deutsche Rechtschreibung statt Gendersprache Fraktion AfD	A0185/21
6.41	Verkehr in Magdeburg sicherer, effizienter und klimaschonender gestalten! SPD- Stadtratsfraktion	A0186/21
6.42	Verkehrssicherheit vor Familien- und Jugendzentrum "Die Brücke" in Neu-Olvenstedt SR Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion SR`in Middendorf, CDU-Stadtratsfraktion	A0187/21
7	Einwohnerfragestunde Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
8.1	Außenanlagen Stadthalle SR Liebau	F0256/21
8.2	Termine im Bürgerbüro Magdeburg SR Schwenke	F0243/21
8.3	Verdachtsfälle von Kindeswohlgefährdung in der Stadt Magdeburg SR`n Keune SR`n Brandt	F0233/21
8.4	Anbringen von Wahlwerbung in Fußgängerzonen und -bereichen SR Kohl	F0244/21
8.5	Bauarbeiten auf der B1 und Sperrung der Strombrücke SR Papenbreer	F0241/21

8.6	Lärmbelästigung durch den Jugendtreff in der Goethestraße SR`n Schumann	F0232/21
8.7	Erweiterungsneubau der Grundschule „Ottersleben“ mit Hort SR Boxhorn	F0236/21
8.8	Kooperation KLINIKUM MAGDEBURG und Universitätsklinikum Magdeburg SR Boxhorn	F0237/21
8.9	Erneuerung von Begrüßungsschilder an den Ortseingängen der Landeshauptstadt Magdeburg SR Hausmann und SR`n Brandt	F0239/21
8.10	Definition "Parkdruck" SR`n Linke	F0238/21
8.11	Umsetzung Zuwegung zu Volkspark Westerhüsen SR Meister	F0240/21
8.12	Öffnungszeiten öffentlicher WC Anlagen in der Landeshauptstadt Magdeburg SR`n Fassl	F0245/21
8.13	Untersuchungen „Am Winterhafen“ SR Guderjahn	F0246/21
8.14	Planungen der Verkehrsanlage im Schanzenweg v/s Beschluss des Stadtrates zum weitest gehenden Erhalt der Kleingartenanlage „Fort I“ SR Zander	F0247/21
8.15	Pilotprojekt Sternstraße SR Guderjahn	F0248/21
8.16	Am Sternsee SR`n Middendorf	F0242/21
8.17	Bewirtschaftung und Betreuung von Denkmälern in der Landeshauptstadt Magdeburg SR`n Fassl	F0249/21
8.18	Lärmbelästigung SR Rohne	F0250/21
8.19	Auswirkungen Elementarschadenereignisse SR Zander	F0251/21
8.20	Keine Reservierungen in Bürger*innenbüros möglich SR Stage	F0252/21
8.21	Erfahrungen mit der Gendersprache? SR Schwenke	F0253/21

8.22	Sanierung und Neubau von Radwegen SR Köpp	F0254/21
8.23	Sanierung und Neubau von Gehwegen SR Köpp	F0255/21
8.24	Unterhaltsanspruch von volljährigen Kindern und Unterstützung des Jugendamtes bei Beratungsbedarf SR`n Lösch	F0235/21
8.25	Sachstand zur Optimierung der Wahlsicherheit SR Kumpf	F0257/21
9	Informationsvorlagen	
9.1	Projekte aus Städtepartnerschaften 2021/2022	I0187/21
9.2	Einrichtung einer Antimobbingstelle	I0158/21
9.3	A0037/21 Graffiti-Projekt an Bahnbegrenzungsmauer entlang der Sudenburger Wuhne zwischen Jordanstraße und Westringbrücke	I0140/21
9.4	Maßnahmen zur Erhöhung der Schwimmausbildung	I0175/21
9.5	Durchführung einer Befragung	I0183/21
9.6	Infrastrukturplanung für die Erbringung von Leistungen für ältere Menschen in Magdeburg	I0159/21
9.7	Zwischeninformation zur Konzeptumsetzung "Begleitetes Wohnen unter dem Housing-First-Ansatz"	I0195/21
9.8	Errichtung von Fahrradständern an Straßenbahn-/Bushaltestellen	I0179/21
9.9	Aufwertung der Fläche zwischen dem Jugendtreff und dem Spielplatz Am Neuber	I0129/21
9.10	Dem Fußverkehr mehr Sicherheit geben	I0130/21
9.11	Mehr Sicherheit an der Haltstelle Turmpark	I0131/21

9.12	Verbesserung der Parkplatzsituation in der Martin-Agricola-Straße	I0151/21
9.13	Weitere Grünfeil-Regelungen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Magdeburg prüfen	I0153/21
9.14	Radfahrerquerung L50, Leipziger Chaussee Höhe Flugplatz	I0154/21
9.15	Fußgängerfreundliche und barrierefreie Neugestaltung der Friesenstraße	I0161/21
9.16	Zwischeninformation Machbarkeitsstudie Streckenverlängerung der Straßenbahn nach Ottersleben (A0117/18)	I0162/21
9.17	GeoNetBake	I0167/21
9.18	Modernisierung kommunaler Straßenbeleuchtung mit Energiespar-Contracting	I0170/21
9.19	Änderung von Gebühren für Sondernutzungen	I0147/21

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott eröffnet die 037.(VII) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträt*innen, den Oberbürgermeister, die Gäste, Mitarbeiter*innen der Verwaltung und Medienvertreter*innen. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	41	“	“
maximal anwesend	53	“	“
entschuldigt	4	“	“
unentschuldigt	0	„	„

Auf Antrag der CDU-Ratsfraktion stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr.1047-037(VII)21

Die CDU-Ratsfraktion benennt als Mitglied im Aufsichtsrat der KID Stadtrat Manuel Rupsch.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Zurückgezogene TOP

Die TOP 5.12 – DS0258/21 und TOP 5.15 - DS0172/21 werden von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen.

Der TOP 6.41 – A0186/21 wird von der SPD-Stadtratsfraktion von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

Persönliche Erklärung des Vorsitzenden des Ausschusses UwE Stadtrat Moll

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Moll gibt eine persönliche Erklärung ab.
(Anlage 1)

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erklärt, dass man die unstrittigen Drucksachen auch ohne Votum des Ausschusses UwE behandeln könne.

3. Bestätigung der Niederschriften der 035./036. (VII) Sitzungen
des Stadtrates am 15./19.07.2021 - öffentlicher Teil

**Änderungen zur Niederschrift der 035.(VII) Sitzung des Stadtrates am 15.07.2021 -
öffentlicher Teil**

Redaktionelle Änderung der Verwaltung:

Auf der Seite 49 sind unter TOP 5.34 im Beschlusstext im Punkt 1, in der 3. Zeile die Wörter:
teilbarrierefreien/provisorischen zu streichen.

Die Niederschriften der 035./036. (VII) Sitzung des Stadtrates am 15./19.07.2021 – öffentlicher Teil – werden vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die vorliegende Information wird zur Kenntnis genommen.

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat
-

- 5.1. 2. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung DS0515/20

BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung
WV v. 18.02.2021

Der BA SAB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0515/20/1/1.

Der BA SFM empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Die Ausschüsse KRB und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, bringt den Änderungsantrag DS0515/20/1 ein und bezeichnet den vorliegenden Änderungsantrag DS0515/20/1/1 des BA SAB als guten Kompromissvorschlag.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler hält die vorliegende Drucksache DS0515/20 und den Änderungsantrag DS0515/20/1/1 für wichtig und zielführend. Er bringt im Weiteren den Änderungsantrag DS0515/20/2 ein.

Stadtrat Schuster, Mitglied im Ausschuss StBV, berichtet über die dort geführte Diskussion und seine Feststellung, dass der letzte Wintereinbruch als Ausnahmesituation nicht rechtfertige, so viel Geld für ein paar wenige Fahrradfahrer zusätzlich bereitzustellen. Er erklärt im Namen seiner Fraktion, dass hier die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt werde und signalisiert die Ablehnung zur Drucksache.

Der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz bringt detailliert den Änderungsantrag DS0515/20/1/1 des BA SAB ein. Er geht im Weiteren auf die Frage der gleichrangigen Beräumung der Radwege ein und erklärt, dass dies Bestandteil des Winterdienstkonzeptes sei und dort nachgebessert werden müsste.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass es nicht möglich sei, solche Schneemassen, wie im letzten Winter, von den Radwegen aus der Stadt zu räumen.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke bezeichnet ebenfalls den Änderungsantrag des BA SAB als einen guten Kompromiss. Sie erklärt, dass es nicht darum gehe, alle Radwege zu beräumen, sondern nur die Hauptrouten.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stage informiert über die Diskussion im Ausschuss und die dort angesprochenen Kritikpunkte. Er hält im Weiteren den Änderungsantrag DS0515/20/2 der SPD-Stadtratsfraktion für sinnvoll.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann begrüßt im Namen seiner Fraktion die vorliegende Drucksache sowie die vorliegenden Änderungsanträge des BA SAB und der SPD-Stadtratsfraktion. Zum Änderungsantrag DS0515/20/1 der Fraktion GRÜNE/future! signalisiert er die Ablehnung.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, erläutert nochmals die Intention des Änderungsantrages DS0515/20/2.

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future! kann den Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion nicht nachvollziehen und verweist auf die eindeutigen Voten der Ausschüsse.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 23 Ja-, 23 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Änderungsantrag DS0515/20/2 der SPD-Stadtratsfraktion –

In § 3, Abs. 13 soll folgende Änderung vorgenommen werden (Änderung in **fett** markiert)

(13) Die von den Gehwegen geräumten Schnee- und Eismassen, dürfen nicht so gelagert werden, dass dadurch der Verkehr auf der Fahrbahn, **dem Radweg, soweit es möglich ist**, und dem Gehweg gefährdet wird. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0515/20/1/1 des BA SAB **beschließt** der Stadtrat mit 34 Ja-, 12 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0515/20/1 der Fraktion GRÜNE/future! wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat möge beschließen:

*Bei **§ 3 Art und Umfang der Straßenreinigung und des Winterdienstes** sind folgende Änderungen vorzusehen (in **fett**):*

(9) Von Schnee zu räumen und bei Winterglätte bestreut zu halten sind

*e) Fußgängerüberwege, **Radwegüberwege Radüberwege** und Übergänge an Lichtsignalanlagen sowie Querungshilfen in einer Breite von 2,00 m.*

*d) Gehwege vor den Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel zur Sicherung des Fußgängerverkehrs in einer Breite von 1,50 m **und einer Länge von 20 m** im Wartebereich mit mindestens einem Überweg zum Fahrbahnrand in einer Breite von ~~1,50~~ **2,00 m***

für einen gefahrlosen Zu- und Abgangsverkehr für die Fußgänger

- (13) *Die von den Gehwegen geräumten Schnee- und Eismassen, dürfen nicht so gelagert werden, dass dadurch der Verkehr auf der Fahrbahn, **dem Radweg** und dem Gehweg gefährdet wird.*
- (14) Für das Streuen auf Gehwegen dürfen nur abstumpfende Streumittel, wie Granulat, Splitt und Sand verwendet werden. Der Einsatz von Auftaumitteln, wie Salz und Laugen, ist verboten. Zur Abwendung von Gefahren für Leib und Leben durch besondere Wetterlagen wie „Blitzeis“ (in Kontakt mit dem Erdboden sofort gefrierender Regen), ist der Einsatz ausnahmsweise und in geringstmöglichem Umfang gestattet, wenn die Verkehrssicherheit nicht auf andere Weise gewährleistet werden kann. Auf Radwegen (Zeichen 237 und 241 StVO) dürfen abstumpfende ~~aber nicht scharfkantige sowie und~~ auftauende Streumittel verwendet werden.

§ 5 Absatz Straßenreinigung und Winterdienst durch die Stadt

- (2) *Auf den in der Anlage zur Straßenreinigungssatzung aufgeführten öffentlichen Straßen (Straßenverzeichnis), obliegt der Stadt in Verbindung mit § 3 in der Reinigungsklasse I, I a, I b, I c, III IV, VI und VII*
- b) *die Schneeräumung auf den Fußgänger- **und Radüberwegen** und Übergänge an Lichtsignalanlagen sowie Querungshilfen.*
- f) *Winterdienst auf Gehwegen vor Haltestellen im Wartebereich ~~sowie im Ausstiegsbereich einer gesamten Zuglänge.~~*
- (5) *Den Winterdienst auf Fahrbahnen und Radwegen führt die Stadt als Träger der Straßenbaulast **im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit und der technologischen Möglichkeiten** durch. Die Stadt bestimmt nach pflichtgemäßem Ermessen unter Beachtung der Verkehrssicherungspflicht den Umfang, die Art und die Reihenfolge der Streu- und Schneeräumpflichten, ~~wobei Hauptstraßen, dem Fuß- und Radverkehr sowie den ÖPNV-Haltestellen der Vorrang zu gewähren ist.~~*

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE/future! **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages DS0515/20/1/1 des BA SAB mit 26 Ja, 20 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Bei **§ 3 Art und Umfang der Straßenreinigung und des Winterdienstes** sind folgende Änderungen vorzusehen (in **fett**)

- (9) Von Schnee zu räumen und bei Winterglätte bestreut zu halten sind
- e) Fußgängerüberwege, **Radüberwege** und Übergänge an Lichtsignalanlagen sowie Querungshilfen in einer Breite von 2,00 m.
- d) Gehwege vor den Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel zur Sicherung des Fußgängerverkehrs in einer Breite von 1,50 m **und einer Länge von 20 m** im Wartebereich mit mindestens einem Überweg zum Fahrbahnrand in einer Breite von **2,00 m** für einen gefahrlosen Zu- und Abgangsverkehr für die Fußgänger

(13) Die von den Gehwegen geräumten Schnee- und Eismassen dürfen nicht so gelagert werden, dass dadurch der Verkehr auf der Fahrbahn, **dem Radweg** und dem Gehweg gefährdet wird.

(14) Für das Streuen auf Gehwegen dürfen nur abstumpfende Streumittel, wie Granulat, Splitt und Sand verwendet werden. Der Einsatz von Auftaumitteln, wie Salz und Laugen, ist verboten. Zur Abwendung von Gefahren für Leib und Leben durch besondere Wetterlagen wie „Blitzeis“ (in Kontakt mit dem Erdboden sofort gefrierender Regen), ist der Einsatz ausnahmsweise und in geringstmöglichem Umfang gestattet, wenn die Verkehrssicherheit nicht auf andere Weise gewährleistet werden kann. Auf Radwegen (Zeichen 237 und 241 StVO) dürfen abstumpfende und auftauende Streumittel verwendet werden.

§ 5 Straßenreinigung und Winterdienst durch die Stadt

(2) Auf den in der Anlage zur Straßenreinigungssatzung aufgeführten öffentlichen Straßen (Straßenverzeichnis) obliegt der Stadt in Verbindung mit § 3 in der Reinigungsklasse I, I a, I b, I c, II, III, IV, VI und VII

b) die Schneeräumung auf den Fußgänger- **und Radüberwegen** und Übergänge an Lichtsignalanlagen sowie Querungshilfen.

f) Winterdienst auf Gehwegen vor Haltestellen im Wartebereich

(5) Den Winterdienst auf Fahrbahnen und Radwegen führt die Stadt als Träger der Straßenbaulast im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit durch. Die Stadt bestimmt nach pflichtgemäßem Ermessen unter Beachtung der Verkehrssicherungspflicht den Umfang, die Art und die Reihenfolge der Streu- und Schneeräumpflichten.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderungen mit 34 Ja-, 3 Neinstimmen und 10 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1048-037(VII)21

Der Stadtrat beschließt die 2. Änderungssatzung der Satzung über die Straßenreinigung in der Landeshauptstadt Magdeburg (Straßenreinigungssatzung) gemäß beiliegender Anlagen.

- 5.2. Neufassung der Satzung über die Unterhaltung und Organisation der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Magdeburg (Feuerwehrsatzung)

DS0224/21

BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, bedankt sich bei der Verwaltung für die vorliegende Drucksache und fragt in diesem Zusammenhang nach, wie der Stand der Entschädigungssatzung ist.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Rupsch teilt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz mit, dass er ihm im Nachgang der heutigen Sitzung einen Sachstandsbericht zur Entschädigungssatzung geben wird.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann signalisiert im Namen seiner Fraktion mit Hinweis auf das „Gender-wirrwarr“ in der vorliegenden Drucksache die Ablehnung hierzu.

Der Stadtrat **beschließt** mit 38 Ja-, 6 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1049-037(VII)21

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Satzung über die Unterhaltung und Organisation der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Magdeburg (Feuerwehrsatzung) gemäß beiliegender Anlagen.

- 5.3. ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH

DS0329/21

BE: Bürgermeister
WV v. 15.07.2021

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0329/21/1 der Fraktion GRÜNE/future!
- Änderungsantrag DS0329/21/2 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz
- Änderungsantrag DS0329/21/3 der Fraktion DIE LINKE

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE, verweist auf die unterschiedlichen Auffassungen zur vorliegenden Drucksache DS0329/21 durch Mitglieder seiner Fraktion. Er bringt den Änderungsantrag DS0329/21/3 ein.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann erklärt, dass es heute um die Frage der Weiterentwicklung des Magdeburger Zoos gehe und die Investition notwendig sei. Er spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen alle vorliegenden Änderungsanträge aus und signalisiert die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht erläuternde Ausführungen zum Verfahren sowie zur Entscheidungsbefugnis des Stadtrates und verweist in diesem Zusammenhang auf die Position des Aufsichtsrates des Zoos.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Rösler verweist auf die Diskussion im Ausschuss und bezeichnet das Vorhaben als wichtiges Projekt. Er macht deutlich, dass es hierbei um die Zukunft des Magdeburger Zoos gehe, und die Elefanten, Schimpansen sowie deren artgerechte Haltung wichtige Anziehungspunkte seien. In seiner Funktion als Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion signalisiert Stadtrat Rösler die Ablehnung der Änderungsanträge DS0329/21/2 und DS0329/21/3 und die Zustimmung zum Änderungsantrag DS0329/21/1 und zur Drucksache DS0329/21.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke unterstützt die Argumentation des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler und betont, dass es im Wesentlichen um das Tierwohl gehe. Er signalisiert ebenfalls im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Änderungsantrag DS0329/21/1 und zur Drucksache und die Ablehnung zu den Änderungsanträgen DS0329/21/2 und DS0329/21/3.

Stadtrat Jannack erläutert nochmals die Intention des Änderungsantrages DS0329/21/3.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erklärt, dass der Umfang der Mängel an den Gehegen im Jahr 2016 noch nicht bekannt war, aber das Projekt damals auch nicht in Gänze beschlossen wurde.

Stadträtin Bohlander, Fraktion GRÜNE/future! verweist auf die derzeitigen Zustände der Anlagen und merkt an, dass es den Tieren dort nicht gut gehe.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander wirbt für die Annahme des Änderungsantrages DS0329/21/2 und signalisiert die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache durch seine Fraktion.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 11 Ja-, 30 Neinstimmen und 6 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0329/21/3 der Fraktion DIE LINKE –

Der Drucksache wird ein Punkt 3. Hinzugefügt, der wie folgt lautet:

3. Das Konzept und die entsprechende Planung für ein Umweltbildungszentrum werden weiterverfolgt und umgesetzt. Das Schulumweltzentrum mit Zooschule wird in das Konzept eines Umweltbildungszentrums einbezogen. Zur Senkung der Kosten wird auf einen Neubau der Ställe verzichtet. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0329/21/1 der Fraktion GRÜNE/future! **beschließt** der Stadtrat mit 34 Ja-, 8 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gGmbH, die Themen Zooschule und Umweltbildung voranzutreiben und dem Stadtrat bis Mitte 2022 ein Konzept zur Umsetzung vorzulegen.

Der Stadtrat **beschließt** mit 8 Ja-, 26 Neinstimmen und 13 Enthaltungen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt (*fett/kursiv*):

1. Der Stadtrat stimmt der Umsetzung der Rahmenplanung 2025 - Zoologischer Garten Magdeburg zu **und beauftragt den Zoologischen Garten Magdeburg, den Rahmenplan um Investitionen in Artenschutz zu erweitern.**

Die Finanzierung der ausgewiesenen Investitionen in Höhe von 7.478,5 Tsd. EUR sowie der durch die Gesellschaft in den Jahren 2018 bis 2020 erfolgten Investitionen in Höhe von 955,0 Tsd. EUR **und der Personal-und Sachkostenaufwand für Investitionen in Artenschutz, in Höhe von 150.000,- Euro/ Jahr**, erfolgt über Darlehensaufnahmen der ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH (Zoo).

2. Der Stadtrat hebt den Stadtratsbeschluss vom 17.11.2016 Beschluss-Nr. 1121-034(VI)16 hinsichtlich des Beschlusspunktes 3 auf.

In Zusammenhang stehende Beschlussvorlagen sind entsprechend zu ändern. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages DS0329/21/1 mit 32 Ja-, 2 Neinstimmen und 13 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1050-037(VII)21

1. Der Stadtrat stimmt der Umsetzung der Rahmenplanung 2025 - Zoologischer Garten Magdeburg zu. Die Finanzierung der ausgewiesenen Investitionen in Höhe von 7.478,5 Tsd. EUR sowie der durch die Gesellschaft in den Jahren 2018 bis 2020 erfolgten Investitionen in Höhe von 955,0 Tsd. EUR erfolgt über Darlehensaufnahmen der ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH (Zoo).
2. Der Stadtrat hebt den Stadtratsbeschluss vom 17.11.2016 Beschluss-Nr. 1121-034(VI)16 hinsichtlich des Beschlusspunktes 3 auf.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gGmbH, die Themen Zooschule und Umweltbildung voranzutreiben und dem Stadtrat bis Mitte 2022 ein Konzept zur Umsetzung vorzulegen.

5.4. Magdeburg Marketing, Kongress und Tourismus GmbH (MMKT) DS0336/21
 BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 44 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1051-037(VII)21

1. Die Landeshauptstadt Magdeburg gewährt der Magdeburg Marketing, Kongress und Tourismus GmbH (MMKT) für die Haushaltsjahre 2022 bis 2025 Betriebskostenzuschüsse in Höhe von jeweils 1.480,8 Tsd. EUR.
2. Im Jahr 2023 wird die MMKT einen Evaluierungsbericht vorlegen, um über die weitere zukünftige Finanzierung entscheiden zu können.

5.5. Jahresabschluss 2020 der Magdeburger Verkehrsbetriebe DS0338/21
 GmbH & Co. KG
 BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 45 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1052-037(VII)21

1. Der Stadtrat nimmt den von der Deloitte GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2020 der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter*innen der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - den Jahresabschluss 2020 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 124.519.133,80 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 982.067,70 EUR (Jahresüberschuss aus ÖPNV

803.541,31 EUR zuzüglich Jahresüberschuss aus Rand- und Nebengeschäften 178.526,39 EUR) festzustellen,

- den Jahresüberschuss aus ÖPNV in Höhe von 803.541,31 EUR an die Gesellschafterin auszuschütten und dem Gesellschafterdarlehenskonto zu entnehmen sowie den Jahresüberschuss aus Rand- und Nebengeschäften in Höhe von 178.526,39 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
- der Komplementärin, MVB-Verwaltungs-GmbH, für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung zu erteilen,
- den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2020 zu entlasten,
- den Konzernabschluss 2020 der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG zu billigen,
- die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2021 zu bestellen.

5.6. Jahresabschluss 2020 der MVB-Verwaltungs-GmbH

DS0339/21

BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 44 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1053-037(VII)21

1. Der Stadtrat nimmt den von der Deloitte GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2020 der MVB-Verwaltungs-GmbH zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter*innen der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der MVB-Verwaltungs-GmbH werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - den Jahresabschluss 2020 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 38.927,97 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.022,53 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss 2020 in Höhe von 1.022,53 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2021 zu bestellen.

5.7. Jahresabschluss 2020 der Zentrum für Neurowissenschaftliche Innovation und Technologie (ZENIT) GmbH DS0364/21
 BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 44 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1054-037(VII)21

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Anochin, Roters & Kollegen GmbH & Co. KG, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2020 der ZENIT GmbH zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter*innen der Landeshauptstadt Magdeburg in der ZENIT GmbH werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2020 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 9.698.575,17 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 8.699,41 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 8.699,41 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 2.597.130,72 EUR zu verrechnen und in Höhe von insgesamt 2.588,431,31 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2020 zu entlasten,
 - den Geschäftsführern, Herrn von Kenne und Herrn Dr. Fietz, für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WTR Huskamp Bredel Partnerschaft mbB zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2021 zu bestellen.

5.8. Annahme einer Schenkung gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA DS0250/21
 BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 45 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1055-037(VII)21

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg stimmt der Annahme der Schenkung eines Konvolutes von Plakaten und Grafiken des Künstlers Horst Janssen im Wert von 2.000,00 EUR von Herrn Dr. Eckhart Peters zu.

5.9. Kostensteigerung Baumaßnahme „Ersatzneubau
Sportplatzfunktionsgebäude SG Handwerk Magdeburg e.V.“

DS0315/21

BE: Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Kumpf, AfD-Fraktion, begründet die Stimmenenthaltung durch seine Fraktion mit den ständigen Kostensteigerungen bei Bauvorhaben. Er betont, dass seine Fraktion den Ersatzneubau jedoch grundsätzlich befürwortet.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, geht kritisch auf die Anmerkungen des Stadtrates Kumpf ein und erklärt, dass der Neubau dringend notwendig sei und bittet um Zustimmung zur vorliegenden Drucksache DS0315/21.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann bekräftigt, dass seine Fraktion den Bau des neuen Vereinshauses begrüßt, aber geprüft werden soll, was zu den Kostensteigerungen geführt hat.

Der Stadtrat **beschließt** mit 37 Ja-, 0 Neinstimmen und 10 Enthaltungen:

Beschluss-Nr.1056-037(VII)21

1. Der Stadtrat beschließt die Kostenerhöhung der Maßnahme Ersatzneubau Sportplatzfunktionsgebäude SG Handwerk Magdeburg e.V.“, von 1.516.800 Euro brutto auf 2.524.400 Euro brutto.
2. Die Mehrkosten sind im Rahmen der Haushaltsplanung 2022 (Veränderungsliste) zusätzlich i. H. v. 1.007.600 Euro in den Haushalt (I196161042, SK 09611012, KST 41401300) aufzunehmen.

5.10. Finanzierung von Leistungen der Schulsozialarbeit an 13 Schulstandorten im Zeitraum 01.01.2022 bis 30.06.2023

DS0262/21

BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

Die Ausschüsse Juhi, FuG und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 46 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1057-037(VII)21

Der Jugendhilfeausschuss ermächtigt die Verwaltung zum Abschluss von Leistungsvereinbarungen zur Finanzierung von Leistungsangeboten nach §§ 11 – 16 SGB VIII (Schulsozialarbeit) auf der Grundlage des Beschlusspunktes 5 der DS0201/15 und DS0577/19 Weiterführung Infrastrukturplanung sowie DS0258/21 Jugendhilfeplanung ab 2022 für nachfolgende Schulstandorte für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 30.06.2023 in folgenden maximalen Obergrenzen:

Träger	Schulstandort	Max. mögliches Leistungsentgelt 01.01.2022 – 30.06.2023 in EUR
Spielwagen e. V.	- Förderschule für Körperbehinderte „Am Sternsee“ - Förderschule für Geistigbehinderte „Regenbogen“ - Sekundarschule „evangelische Sekundarschule Magdeburg“	243.000
Spielwagen e. V.	-Gemeinschaftsschule „Wilhelm Weitling“ -Grundschule „Am Brückfeld“ -Grundschule „Am Fliederhof“ -Grundschule „Am Grenzweg“ -Grundschule „Salbke“ -Förderschule für Geistigbehinderte „Hugo- Kükelhaus“ -Förderschule für Lernbehinderte „Salzmann“ -Förderschule für Geistigbehinderte „Am Wasserfall“	717.000
Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt e. V.	- Grundschule „Diesdorf“ - Gemeinschaftsschule „Neue Schule Magdeburg“	165.000
Gesamt 2022 - 2023		1.125.000 375.000

Träger	Schulstandort	Max. mögliches Leistungsentge lt 01.01.2022 – 30.06.2023 in EUR
dav. 2023		

- 5.11. Satzung über die Übermittlung/Verarbeitung von Daten - DS0299/21
Tagesbetreuung von Kindern
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
-

Die Ausschüsse Juhi und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 46 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1058-037(VII)21

Der Stadtrat beschließt für die Landeshauptstadt Magdeburg die Satzung zur Übermittlung/Verarbeitung von Daten gemäß der Anlage zu dieser Drucksache.

- 5.12. Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den DS0258/21
Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der
Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der
Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der
Familienarbeit - ab 2022
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
-

Die vorliegende Drucksache DS0258/21 wurde von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

5.13.	Finanzierung der Baumaßnahme "Grundhafte Instandsetzung Geh- u. Radwegbrücke am Cracauer Wehr" (Wasserfallbrücke)	DS0097/21
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, bringt den Änderungsantrag DS0097/21/1 ein.

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future! erklärt, dass ihm eine Gegenüberstellung der Kosten einer grundhaften Instandsetzung und einem Neubau der Brücke fehle. Im Weiteren hinterfragt er, wie der Radweg ersatzweise betrieben werden soll.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Rösler erachtet es als sinnvoll, Diskussionen aus dem Ausschuss in die Fraktionen zu tragen, da genau diese Fragen im Ausschuss FG erörtert wurden. Als Vorsitzender SPD-Stadtratsfraktion vertritt er im Namen seiner Fraktion den Standpunkt, dass dies eine sinnvolle Baumaßnahme und die Kanonenbahnbrücke kein Ersatz sei.

Stadtrat Mertens, AfD-Fraktion, signalisiert für seine Fraktion die Ablehnung zum vorliegenden Änderungsantrag DS0097/21/1 und die Zustimmung zur Drucksache DS0097/21.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future! fragt nach, ob man bei einem Neubau der Brücke ein neues Planfeststellungsverfahren braucht. Er hält im Weiteren den Änderungsantrag DS0097/21/1 für unterstützenswert.

Der Amtsleiter des Bauordnungsamtes Herr Schütt in Vertretung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Rehbaum teilt bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Stage mit, dass mit dem Abbruch der Brücke der Bestandsschutz wegfällt und ein neues Planfeststellungsverfahren erforderlich wäre.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erklärt, dass auch die Anna-Ebert-Brücke ab Mitte nächsten Jahres gesperrt werde und man nicht auch noch die Wasserfallbrücke sperren kann. Er regt an zu überlegen, ob man nicht eine Ersatzbrücke im Bereich der Anna-Ebert-Brücke für einen Geh- und Radweg bauen sollte.

Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, spricht sich dafür aus, mehr Wert auf die Erhaltung der Holzbrücke zu legen.

Eingehend auf die aufgeworfene Frage des Stadtrates Rupsch, welcher Bereich der Wasserfallbrücke gesperrt werde, teilt Herr Dr. Trümper mit, dass die Sanierung so erfolgt, dass die Geh- und Radwegbenutzung gewährleistet sei.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0097/21/1 der CDU-Ratsfraktion mit 37 Ja-, 8 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird um einen folgenden fünften Punkt ergänzt (**fett**):

5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob alternative recycelbare Materialien, wie bspw. WPC Dielen, anstelle von Holz, für die Baumaßnahme „Grundhafte Instandsetzung Geh- u. Radwegbrücke am Cracauer Wehr“ eingesetzt werden können.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages mit 48 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1059-037(VII)21

1. Erhöhung der Gesamtkosten von 900.000,00 Euro um 1.465.000,00 Euro auf 2.365.000,00 Euro.
2. Mit der mittelfristigen Planung 2022 ff. werden die erforderlichen Planansätze 2022 in Höhe von 85.000,00 Euro und 2023 in Höhe von 2.030.000,00 Euro eingestellt.
3. Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung 2022 für 2023 in Höhe 2.030.000,00 Euro.
4. Ein Fördermittelantrag als mögliche Deckung wird parallel über das Sonderprogramm „Stadt und Land“ gestellt. Die Anmeldung ist befristet bis 31.12.2021 und die Fördermittelprojekte müssen bis Ende 2023 abgeschlossen sein. Bei Zuwendung von Fördermitteln sind Einnahmen in Höhe von bis zu 2.128.500,00 Euro (90 v.H. der förderfähigen Ausgaben) möglich.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob alternative recycelbare Materialien, wie bspw. WPC Dielen, anstelle von Holz, für die Baumaßnahme „Grundhafte Instandsetzung Geh- u. Radwegbrücke am Cracauer Wehr“ eingesetzt werden können.

5.14.	Neubesetzung des Gestaltungsbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg ab 2022 und Aktualisierung der Geschäftsordnung	DS0354/21
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 42 Ja-, 2 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1060-037(VII)21

1. Der Stadtrat beschließt die Neuberufung der 5 Mitglieder des Gestaltungsbeirates (Anlage 1) für einen Zeitraum von 3 Jahren, beginnend ab 01.01.2022.
2. Der Stadtrat beschließt weiterhin die aktualisierte Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates (Anlage 2).

- 5.15. Bestätigung des Rahmenplanes Sudenburger Wuhne und Einleitung der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Sudenburg West" DS0172/21

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die vorliegende Drucksache DS0172/21 wurde von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

- 5.16. Weiterführung 2. Änderungsverfahren B-Plan 111-2 "Olvenstedter Graseweg" DS0309/21

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Änderungsantrag DS0309/21/1 des Oberbürgermeisters vor.

Der Ausschuss WTR empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander nimmt kritisch zum vorliegenden Änderungsantrag Stellung.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann vertritt die Auffassung, dass die Attraktivität des Floraparks erhalten bleiben müsse und erklärt, dass das angebotene Sortiment den Innenstadtbereich nicht tangiert. Er signalisiert abschließend im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache DS0309/21.

Stadtrat Scheunchen, Fraktion DIE LINKE, spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Annahme des Änderungsantrages DS0309/21/1 aus und erklärt, dass der Florapark auch eine Nahversorgungsfunktion habe.

Stadtrat Papenbreer, Mitglied im Ausschuss WTR, verweist auf die dort geführte Diskussion und dankt dem Oberbürgermeister für den vorliegenden Änderungsantrag.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, befürwortet im Namen seiner Fraktion ebenfalls sowohl den Änderungsantrag als auch die Drucksache und spricht sich im Weiteren dafür aus, einen Lebensmittelmarkt für die Nahversorgung zu etablieren.

Stadtrat Liebau, Fraktion GRÜNE/future!, signalisiert ebenfalls im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Änderungsantrag und zur Drucksache.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stage informiert über die geführte Diskussion im Ausschuss und geht im Weiteren auf die Zielstellung des Änderungsantrages aus seiner Sicht ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht erläuternde Ausführungen zum Hintergrund seines Änderungsantrages.

Stadtrat Kumpf, AfD-Fraktion, fragt nach, ob der neue Betreiber die gleichen Bedingungen wie der bisherige Betreiber erhält.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander beantragt die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann sieht in dem vorliegenden Änderungsantrag eher eine Behinderung als eine Förderung und bittet den Oberbürgermeister, diesen zurückzuziehen.

Nach eingehender Diskussion erfolgt die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag DS0309/21/1. **(Anlage 2)**

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag **beschließt** der Stadtrat mit 37 Ja-, 10 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Beschlusspunkt 3 wird durch folgenden Text ersetzt:

Für einen Betreiberwechsel des SB-Warenhauses wird eine Zulässigkeit gesichert. Eine Befreiung von den Festsetzungen des rechtsverbindlichen B-Planes wird für einen Betreiberwechsel unter folgenden Voraussetzungen gesichert:

Die Gesamtverkaufsfläche wird nicht vergrößert.
Hauptsortiment bleibt das Sortiment „Warengruppe Food, Nahrung, Genussmittel“ (mindestens 65% der Gesamtverkaufsfläche). Es erfolgt keine Erweiterung in den Sortimenten „Schuhe, Bekleidung, Zubehör“ und „Spielwaren“.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages mit 48 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1061-037(VII)21

1. Das Verfahren zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 111-2 „Olvenstedter Graseweg“ wird wieder aufgenommen und weitergeführt mit einem 4. Entwurf der B-Plan-Änderung.
2. Die Festsetzungen sind so zu ändern, dass der genehmigte Betriebszustand des Floraparkes gesichert wird.
3. Für einen Betreiberwechsel des SB-Warenhauses wird eine Zulässigkeit gesichert. Eine Befreiung von den Festsetzungen des rechtsverbindlichen B-Planes wird für einen Betreiberwechsel unter folgenden Voraussetzungen gesichert:

Die Gesamtverkaufsfläche wird nicht vergrößert.
Hauptsortiment bleibt das Sortiment „Warengruppe Food, Nahrung, Genussmittel“ (mindestens 65% der Gesamtverkaufsfläche). Es erfolgt keine Erweiterung in den Sortimenten „Schuhe, Bekleidung, Zubehör“ und „Spielwaren“.

- 5.17. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum einfachen Bebauungsplan Nr. 333-1 "Spielplatz Bergstraße"

DS0145/21

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE hat die Drucksache vertagt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 48 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1062-037(VII)21

1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und die während der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs vorgebrachten Anregungen beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB:

Schwerpunkt-Thema:

Flächenerwerb

Zwei von vier Flurstücken befinden sich in Privateigentum, die von der Stadt erworben werden müssen. Ein Flurstück davon gehört einem Grundstückseigentümer, der den Verkauf bisher abgelehnt hatte mit der Begründung, dass die Fläche als Spielplatz ungeeignet sei und es ausreichend andere Flächen in der Umgebung gebe. Einer Umwidmung von einer derzeit möglichen Wohn- und Gewerbenutzung in eine Spielplatznutzung werde nicht zugestimmt.

Dem Eigentümer wurde die Notwendigkeit der Einbeziehung seines Grundstückes in den Geltungsbereich des B-Planes sowie dessen Eignung mitgeteilt. Ferner wurde auf die Untersuchung des Stadtgebietes bzgl. geeigneter Flächen hingewiesen, bei der mehrere Versuche, Flächen für einen Spielplatz zu sichern, gescheitert sind. Als letzte Möglichkeit für einen Spielplatz im Stadtgebiet erfüllt nur noch diese zusammenhängende Fläche alle geforderten Kriterien für die Umsetzung eines Spielplatzes. Zudem ist die Fläche bis auf das Flurstück des o. g. Eigentümers (Nebenanlagen) unbebaut. Das B-Plan-Verfahren ist notwendig zur Sicherung der Flächen und zur Umsetzung des Planungszieles. Derzeit befindet sich der Liegenschaftsservice noch im Verhandlungsgespräch mit dem Eigentümer. Ziel ist eine gütliche Einigung zum Grundstücksgeschäft. Wenn keine Einigung erzielt wird, kann die Gemeinde per Gesetz von einer Enteignung Gebrauch machen oder aber das Vorkaufsrecht wahrnehmen, wenn sich der Eigentümer späterhin doch zum Verkauf entschließt.

Der Anregung wird nicht gefolgt.

In Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander werden die Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungskatalog (Anlage zur DS) berücksichtigt.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger*innen, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von dem Ergebnis der Abwägung in Kenntnis zu setzen.

- 5.18. Satzung des einfachen Bebauungsplans Nr. 333-1 "Spielplatz Bergstraße" DS0146/21

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE hat die Drucksache vertagt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 47 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1063-037(VII)21

Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 8 Abs. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2014 (GVBl. Nr. 12, S. 288), in der zuletzt geänderten Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 09.09.2021 den einfachen Bebauungsplan Nr. 333-1 „Spielplatz Bergstraße“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) in der Fassung vom Juni 2021 und dem Text (Planteil B), als Satzung.

1. Die Begründung zum einfachen Bebauungsplan wird gebilligt.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

- 5.19. 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" - Behandlung der Stellungnahmen DS0196/21

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss UwE hat die Drucksache vertagt.

Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, erklärt mit Hinweis auf die vorliegende Stellungnahme der Gewerbetreibenden, dass noch Redebedarf besteht. Er bringt den GO-Antrag – Zurückverweis der vorliegenden Drucksache DS0196/21 und der nachfolgenden Drucksachen DS0197/21, DS0181/21 und DS0182/21 in die Ausschüsse UwE und StBV – ein.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future! und der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sprechen sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig, bei 0 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen:

Die Drucksachen DS0196/21, DS0197/21, DS0181/21 und DS0182/21 werden in die Ausschüsse UWE und StBV zurücküberwiesen.

- | | | |
|---|---|-----------|
| 5.20. | 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der
Landeshauptstadt Magdeburg "Ottersleber Chaussee/Am
Hopfengarten" - Feststellungsbeschluss | DS0197/21 |
| <hr/> | | |
| BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | | |

Siehe TOP 5.19.

- | | | |
|---|---|-----------|
| 5.21. | Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 5. Änderung
des Bebauungsplans Nr. 431-1A "Ottersleber Chaussee/Am
Hopfengarten" | DS0181/21 |
| <hr/> | | |
| BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | | |

Siehe TOP 5.19.

- | | | |
|---|---|-----------|
| 5.22. | Satzung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 431-1A
"Ottersleber Chaussee/Am Hopfengarten" | DS0182/21 |
| <hr/> | | |
| BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | | |

Siehe TOP 5.19.

5.23. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zu 5. Änderung
des Bebauungsplans Nr. 242-1A "Elbbahnhof"

DS0107/21

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE hat die Drucksache vertagt.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann begrüßt im Namen seiner Fraktion die vorliegende Drucksache.

Der Stadtrat **beschließt** mit 36 Ja-, 6 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1064-037(VII)21

1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und die während der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs vorgebrachten Anregungen beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB:

Schwerpunkt-Themen:

1.1 Art und Maß der baulichen Nutzung

Höhe des Bauvorhabens

Von zwei Anwohnern wurden Bedenken hinsichtlich der Gebäudehöhe geäußert. Das geplante Gebäude füge sich hinsichtlich Größe und Architektur nicht in das vorhandene Bild des Elbbahnhofs ein.

Zur Belebung des fast ausschließlich zum Wohnen genutzten Elbbahnhofs ist eine höhere Nutzungsdichte städtebaulich jedoch vertretbar. Dem ursprünglichen Ziel des Bebauungsplanes zur Erweiterung der Innenstadt bis an die Elbe wird damit Rechnung getragen.

(Anlage 1, Anregung Nr. A 1.1)

Der Anregung wird nicht gefolgt.

1.2 Bauweise

Baulinie

Das Vorhaben hält die bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen zum Nachbargrundstück nicht ein. Sofern unter Beteiligung der betroffenen Nachbarn eine städtebaulich begründbare Festsetzung der Baulinie erfolgt, kann von den Abstandsregeln abgewichen werden.

Die Beteiligung ist erfolgt. Es gingen keine Stellungnahmen mit Bedenken oder Hinweisen ein.

Der Anregung wird gefolgt.

In Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander werden die Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungskatalog (Anlage 1) berücksichtigt.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 (2) BauGB die Bürger*innen, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von dem Ergebnis der Abwägung in Kenntnis zu setzen.

- 5.24. Satzung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 242-1A "Elbbahnhof" DS0108/21

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE hat die Drucksache vertagt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 36 Ja-, 6 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1065-037(VII)21

Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und § 8 Abs. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2014 (GVBl. Nr. 12, S. 288), in der zuletzt geänderten Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 09.09.2021 die 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 242-1A „Elbbahnhof“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) in der Fassung vom März 2021 und dem Text (Planteil B), als Satzung.

1. Die Begründung zum Bebauungsplan wird gebilligt.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

- 5.25. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplan Nr. 174-2 "Südlich Sieverstorstraße" DS0320/21

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE hat die Drucksache vertagt.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, verweist auf das bestehende Defizit von Kinderspielflächen in diesem Bereich und bittet darum, dies im Auge zu behalten.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bestätigt das bestehende Defizit von Kinderspielplätzen und erklärt, dass es in dieser Frage eine Lösung gäbe bzw. in einem anderen Bereich der Ausgleich erfolgen wird.

Der Stadtrat **beschließt** mit 39 Ja-, 0 Neinstimmen und 9 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1066-037(VII)21

1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB:

Schwerpunkt-Themen:

1.1. Grünflächen, Kinderspielplatz

Bedenken von Bürgern zur Lage des Spielplatzes neben Wohngrundstück, Alternativvorschläge;

Der Kinderspielplatz im Plangebiet ist erforderlich. Die Alternativen lassen sich nicht umsetzen. Mit dem 2. Entwurf grenzt eine private Grünfläche mit der Zweckbestimmung Freifläche Kindertagesstätte an das betreffende Grundstück. (Anlage 1, Anregung Nr. A1.1 und Anregung Nr. A1.2).

Der Anregung wird nicht gefolgt.

Anregung zur Teilung des Flurstücks 10500 (geplanter öffentlicher Kinderspielplatz), mit teilweiser privater Grünfläche für eine Kindertagesstätte;

Änderung erfüllt nicht die beschlossene Spielplatzflächenkonzeption, Defizit an öffentlicher Kinderspielplatzfläche verbleibt im Stadtteil, Änderung ermöglicht jedoch die Errichtung der Kindertagesstätte mit den notwendigen Freiflächen. Weitere geeignete Spielplatzflächen sind im Stadtteil zu eruieren.

(Anlage 1, Anregung A1.3)

Der Anregung wird gefolgt.

1.2. Umweltbelange

Anregung zur Erstellung einer CO₂-Bilanz der mittlerweile eingetretenen Spontanbegrünung;

Bewertung von Ökosystemdienstleistungen und Erstellung einer CO₂-Bilanz sind bisher kein Erfordernis im Rahmen von Bebauungsplanaufstellungen, Ziel der B-Plan-Aufstellung ist die Wiedernutzbarmachung von vormaligen Bauflächen; Umweltbelange sind im Verfahren angemessen berücksichtigt.

(Anlage 1, Anregung A3.1)

Der Anregung wird teilweise gefolgt.

Anregung zu Ausgleichsmaßnahmen für alle geschützten Tierarten (Buntspecht und Fledermäuse wurden gesichtet)

Die Arten sind nur Nahrungsgäste im Plangebiet, Ausgleichsmaßnahmen nicht erforderlich; faunistische Begutachtung von 2018 liegt vor, auf deren Grundlage festgesetzte Maßnahmen für die geschützte Tierart Heuschrecken.

(Anlage 1, Anregung A3.2)

Der Anregung wird größtenteils gefolgt.

Anregung, 2 Bäume südlich an den B-Plan angrenzend auf den Flurstücken 10397 und 10321 zu schützen und zu erhalten;

Die Erschließungsplanung im Anschluss an die Ansbacher Straße wurde geändert.

(Anlage 1, Anregung A3.4)

Der Anregung wird gefolgt.

Anregung, Ersatzpflanzungen für die Fällung nach Baumschutzsatzung geschützter Bäume nach der Methode „Westhus“ zu ermitteln und Neupflanzungen im Bebauungsplan festzusetzen;

Konkrete Anzahl zu fällender Bäume erst nach Ausführungsplanung Verkehrsanlagen und konkreter Gebäudeplanung auf den Privatgrundstücken.

Mit den im B-Plan getroffenen Festsetzungen ergeben sich ausreichende Möglichkeiten für erforderliche Ersatzpflanzungen.

(Anlage 1, Anregung B7.1)

Der Anregung wird nicht gefolgt.

1.3. Maß der Nutzung

Anregung, eine Baulast für unbebaute Fläche mit privatem Kleinkinderspielplatz im Baugebiet MU1 auf die unter A1.3 angeregte private Grünfläche zu verlegen;

Die Baulast dient der Einfügung hinsichtlich der Versiegelung, dem Nachweis des nach Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt erforderlichen Kleinkinderspielplatzes und einer Feuerwehraufstellfläche. Dies ist nur auf einem Baugrundstück zu lösen.

(Anlage 1, Anregung A4.1)

Der Anregung wird nicht gefolgt.

Anregung zur Erhöhung der Geschosshöhe auf 5 plus Staffelgeschoss für einen Teilbereich von Gebäuden im Baugebiet MU1;

Die teilweise Errichtung eines 6. Geschosses als Staffelgeschoss ist städtebaulich vertretbar. Mit der textlichen Festsetzung 2.4 ist eine Maximalhöhe der Baukörper geregelt.

(Anlage 1, Anregung A4.2)

Der Anregung wird gefolgt.

In Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander werden die Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungskatalog (Anlage zur DS) berücksichtigt.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger*innen, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von dem Ergebnis der Abwägung in Kenntnis zu setzen.

5.26. Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs zum B-Plan Nr. 174-2 DS0321/21
 "Südlich Sieverstorstraße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UWE hat die Drucksache vertagt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 40 Ja-, 0 Neinstimmen und 9 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1067-037(VII)21

1. Der 2. Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 174-2 „Südlich Sieverstorstraße“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.
2. Der 2. Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 174-2 „Südlich Sieverstorstraße“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen. Die von der Änderung des Entwurfs betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind erneut gemäß § 4a Abs. 3 BauGB zu beteiligen.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

6.1.	Geeignete Sitzbänke auf dem Domplatz - Alternativen zum Prototyp von Achim Kühn	A0101/20
	ehemalige Fraktion Tierschutzpartei/BfM WV v. 14.05.2020	

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion FDP/Tierschutzpartei Stadtrat Moll dankt der Verwaltung für die schnelle Ausführung und äußert eine Bitte bezüglich der Bankform.

Der Vorsitzende des Ausschusses K Stadtrat Müller bringt den Änderungsantrag A0101/21/1 ein.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0101/21/1 **beschließt** der Stadtrat mit 40 Ja-, 1 Neinstimme und 9 Enthaltungen:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister informiert noch im Jahr 2021 im Rahmen einer Sitzung der GWA Altstadt über das weitere Vorgehen einschl. Auswertung der Umfrage zu den vorgestellten Bankmustermodellen für den Domplatz und diskutiert das bereits 2020 geäußerte GWA-Anliegen gesponserter Bürgerbänke in Form von Beimsbänken und sucht gemeinsam nach praktikablen Lösungen.

Gemäß vorliegendem Antrag A0101/20 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages mit 45 Ja-, 0 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1068-037(VII)21

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, welche Alternativen es zu der als Prototyp neu aufgestellten Sitzbank auf dem Domplatz gibt, um auch die weiteren 23 vorhandenen Bänke in den nächsten Jahren zu ersetzen.

Der Oberbürgermeister informiert noch im Jahr 2021 im Rahmen einer Sitzung der GWA Altstadt über das weitere Vorgehen einschl. Auswertung der Umfrage zu den vorgestellten Bankmustermodellen für den Domplatz und diskutiert das bereits 2020 geäußerte GWA-Anliegen gesponserter Bürgerbänke in Form von Beimsbänken und sucht gemeinsam nach praktikablen Lösungen.

6.2.	Konzept zur Ursachenbekämpfung des vermehrten Auftretens von Ratten	A0212/20
	Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 08.10.2020	

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Die Ausschüsse KRB und GeSo empfehlen die Beschlussfassung.

Stadträtin Fassl, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, bringt den Antrag A0212/20 ein.

Stadtrat Baum, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag A0212/20/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander hält den Änderungsantrag für überflüssig und erläutert nochmals die Intention des Antrages.

Stadtrat Kumpf, AfD-Fraktion, hält den Antrag A0212/20 für den falschen Ansatz und signalisiert die Ablehnung durch seine Fraktion. Zum Änderungsantrag A0212/20/1 signalisiert er die Zustimmung.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler verweist auf das Grundproblem, dass zu viel Essensreste in die Kanalisation gekippt werden und hält den Antrag ebenfalls für nicht zielführend.

Gemäß vorliegenden Änderungsantrag A0212/20/1 der Fraktion DIE LINKE (ersetzt den Ursprungsantrag) **beschließt** der Stadtrat mit 39 Ja-, 4 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1069-037(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die mögliche Veränderung der Rattenpopulation im gesamten Stadtgebiet unter Verwendung geeigneter Verfahren zu prüfen - sofern noch nicht erfolgt.

Wenn nötig sollen konkrete Maßnahmen zur Regulierung der Population inklusive Details einer Informations- /Aufklärungskampagne vorgeschlagen und beschrieben werden.

Persönliche Erklärung der Vorsitzenden der Fraktion FDP/Tierschutzpartei Stadträtin Dr. Hüskens

Die Vorsitzende der Fraktion FDP/Tierschutzpartei Stadträtin Dr. Hüskens gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 3)**

6.3. Förderung einer Fachkraft für den hauswirtschaftlichen und technischen Bereich im Frauenhaus Magdeburg

A0015/21

SPD-Stadtratsfraktion
WV v. 15.07.2021

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag A0015/21/1 der Fraktion DIE LINKE
- Änderungsantrag A0015/21/2 des Ausschusses FuG
- Änderungsantrag A0015/21/3 der SPD-Stadtratsfraktion

Die Ausschüsse GeSo und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FuG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0015/21/2.

Stadträtin Brandt, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Antrag A0015/21 und den Änderungsantrag A0015/21/3 ein und dankt der Verwaltung für die Lösung, die dem Frauenhaus weiterhilft.

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Lösch bringt den Änderungsantrag A0015/21/1 ein. Eingehend auf die vorliegenden Stellungnahmen S0083/21 und S0354/21 der Verwaltung merkt sie kritisch an, dass lediglich nach der kostengünstigsten Möglichkeit gesucht wurde. Weiterhin vertritt sie Auffassung, dass immer im sozialen Bereich versucht wird zu sparen.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris weist diesen Vorwurf zurück und macht deutlich, dass es nicht Zielstellung war, die kostengünstigste Lösung zu suchen. Sie führt weiter aus, dass das Frauenhaus selbst den Antrag gestellt habe und macht erläuternde Ausführungen hierzu. Frau Borris wirbt im Weiteren dafür, dass man auf Bundesebene versucht, die Finanzierung von Frauenhäusern auf solide Beine zu stellen.

Stadtrat Mertens, AfD-Fraktion, nimmt zum vorliegenden Antrag A0015/21 und den vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung Stellung. Er begründet die Ablehnung zum Antrag durch seine Fraktion mit Hinweis auf den Stellenaufwuchs.

Eingehend auf die kritischen Anmerkungen der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Lösch weist Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, zurück, dass der Sozialbereich zu kurz kommt und unterstützt die Ausführungen der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris. Er unterstützt im Namen seiner Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag A0015/21/3 der SPD-Stadtratsfraktion.

Die Beauftragte für Familie und Gleichstellung Frau Ponitka schildert die derzeitige Situation im Frauenhaus und erklärt, dass die Stelle seit dem Jahr 2020 nicht besetzt sei.

Stadtrat Borowiak, Fraktion GRÜNE/future!, unterstützt im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag A0015/21/3 der SPD-Stadtratsfraktion.

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Lösch unterbreitet den Vorschlag, dem Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zuzustimmen und zur Haushaltsberatung eine feste Stelle im Frauenhaus zu beantragen. Sie zieht im Ergebnis der Diskussion den Änderungsantrag A0015/21/1 **zurück**.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0015/21/3 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mit 38 Ja-, 8 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Ursprungsantrag A0015/21 wird wie folgt geändert:

Das Frauenhaus Magdeburg wird im hauswirtschaftlichen und technischen Bereich stärker unterstützt. Dazu sind die in der Stellungnahme S0354/21 dargestellten Maßnahmen in Absprache mit dem Träger umzusetzen.

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Land Sachsen-Anhalt darauf hinzuwirken, entsprechende Bedarfe in der Förderrichtlinie mit abzubilden und so eine angemessene Finanzierung einzufordern.

Mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0015/21/3 hat sich eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0015/21/2 des Ausschusses FuG **erübrigt**.

Gemäß vorliegendem Antrag A0015/21 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0015/21/3 mit 41 Ja-, 8 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1070-037(VII)21

Das Frauenhaus Magdeburg wird im hauswirtschaftlichen und technischen Bereich stärker unterstützt. Dazu sind die in der Stellungnahme S0354/21 dargestellten Maßnahmen in Absprache mit dem Träger umzusetzen.

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Land Sachsen-Anhalt darauf hinzuwirken, entsprechende Bedarfe in der Förderrichtlinie mit abzubilden und so eine angemessene Finanzierung einzufordern.

6.4. Standbild Magdeburger Reiter

A0019/21

Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz
WV v. 18.02.2021

Die Ausschüsse StBV und K empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander bringt den Antrag A0019/21 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses K Stadtrat Müller fasst die Diskussion im Ausschuss zusammen und fragt in diesem Zusammenhang nach, wie der Stand zur Neugestaltung des Alten Marktes sei.

Bezüglich der Nachfrage des Vorsitzenden des Ausschusses K Stadtrat Müller teilt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper mit, dass dies in der Drucksache Stadtbauförderprogramm aufgenommen wurde und diese dem Stadtrat in seiner Novembersitzung vorgelegt wird.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann begrüßt im Namen seiner Fraktion das Anliegen grundsätzlich, hält die Antragstellung jedoch für den falschen Zeitpunkt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 43 Ja-, 2 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1071-037(VII)21

Der Antrag A0019/21 –

Das Standbild Magdeburger Reiter wird im Zuge der Neugestaltung des Alten Markt, wieder nach historischen Vorlagen hergestellt. Es erfolgt dazu, wenn möglich auch die Rekonstruktion der Umzäunung und der Tragefiguren.

Weiterhin ist das Standbild Magdeburger Reiter nach Wiederherstellung zu beleuchten. –

wird **abgelehnt**.

6.5.	Verbesserung der Tierheim-Webseite zur Steigerung der Vermittlungschancen	A0039/21
	Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	
	WV v. 18.03.2021	

Die Ausschüsse FG, KRB und GeSo empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Stadträtin Fassl Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, bringt den Antrag A0039/21 ein.

Der Stadtrat **beschließt** mit 8 Ja-, 27 Neinstimmen und 10 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1072-037(VII)21

Der Antrag A0039/21 –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für einen zeitgemäßen Internetauftritt und eine Verbesserung der Inhalte auf der Webseite des Tierheimes der Landeshauptstadt Magdeburg zu sorgen.

Zu vermittelnde Tiere sind in Wort und Bild detailliert zu beschreiben (Name, Alter, Herkunft, Abgabegrund, Wesen), um eine geeignete Vermittlung zu fördern.

wird **abgelehnt**.

6.6. Aufnahme aufgefundenener Katzen im Tierheim der
Landeshauptstadt Magdeburg
Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz
WV v. 18.03.2021

A0040/21

Die Ausschüsse FG und GeSo empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Stadträtin Fassl bringt den Antrag A0040/21 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander macht ergänzende Ausführungen zur Intention des Antrages.

Der Stadtrat **beschließt** mit 6 Ja-, 36 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1073-037(VII)21

Der Antrag A0040/21 –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass von Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt Magdeburg aufgefundene Katzen im städtischen Tierheim Aufnahme finden.

wird **abgelehnt**.

6.7. Baustellen in Magdeburg
CDU-Ratsfraktion
WV v. 05.04.2021

A0062/21

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, bringt den Antrag A0062/21 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stage merkt in diesem Zusammenhang kritisch an, dass es eigentlich einen Mobilitätskoordinator in der Verwaltung gäbe, er diesen jedoch noch nicht kennengelernt habe.

Gemäß vorliegendem Antrag A0062/21 **beschließt** der Stadtrat mit 32 Ja, 3 Neinstimmen und 11 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1074-037(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, über Entwicklungen der Baustellen im Straßenraumbereich durch den Mobilitätskoordinator in den vergangenen (zwei) Jahren, zu berichten.

Die Stadtverwaltung soll in dem Bericht darstellen, in welchem Umfang es Abweichungen vom jeweiligen Jahresbauprogramm gab und wie diese zustande kamen.

Des Weiteren sollen die Veränderungen der Kommunikationswege und deren Abläufe mit einbezogen werden. Auch welcher Einsatz von Social-Media-Kanälen, Internet oder interaktive Möglichkeiten genutzt werden.

In dem Bericht soll am Ende auch die Frage beantwortet werden, welche Veränderungen sich seit der Einführung eines Mobilitätskoordinators ergeben haben.

6.8. Die Chancen des Radförderprogramms "Stadt und Land" nutzen A0065/21

Interfraktionell
WV v. 15.04.2021

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung zu den Punkten A, B1 und C nicht.
Zum Punkt B2 empfiehlt er die Beschlussfassung.

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future!, bringt den interfraktionellen Antrag A0065/21 ein und nimmt detailliert zu den einzelnen Maßnahmen Stellung. Er kritisiert, dass die Verwaltung nur sehr zögerlich auf das Programm reagiert hat. Viele Kommunen haben ihre Förderbescheide schon erhalten.

Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, informiert über ein Gespräch mit dem ADFC und die Vereinbarung, die bestehende Prioritätenliste erst einmal abzuarbeiten. Er bringt den Änderungsantrag A0065/21/1 ein und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, wirbt für die Annahme des Antrages A0065/21, teilt aber die Auffassung des Stadtrates Schuster, die Prioritätenliste erst einmal abzuarbeiten.

Stadtrat Mertens, AfD-Fraktion, vertritt im Namen seiner Fraktion ebenfalls den Standpunkt, die bestehende Prioritätenliste erst einmal abzuarbeiten.

Mit Verweis auf die vorliegende Stellungnahme S0190/21 spricht sich der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander für die Ablehnung des Antrages A0065/21 aus.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, erläutert nochmals die Intention des Antrages und bittet um Zustimmung.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 8 Ja-, 34 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0065/21/1 der CDU-Ratsfraktion –

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert (Streichung + fett):

„Die Landeshauptstadt beteiligt sich am Förderprogramm „Stadt und Land“. und stellt die folgenden Förderanträge: **Bei den konkreten Förderanträgen soll die beschlossene Prioritätenliste abgearbeitet werden.**

A. LÜCKENSCHLUSSMAßNAHMEN

1. Cityring Süd – Fuchsberg von Wiener- bis Erich-Weinert-/Helmholtzstraße (Nordseite)
2. Leipziger Straße zw. Kreuzungen Fuchsberg/Erich-Weinert u. Wiener/ Raiffeisenstr.
3. Leipziger Straße zwischen Ackerstraße und Fuchsberg (Westseite)
4. Glacis bis Sternbrücke ab Platz 17. Juni/Seume-/Max-Planck-Straße/Sternbrücke
5. Europaring zwischen Harsdorfer Straße und Olvenstedter Chaussee (Ostseite)
6. Kirschweg zwischen Lilienweg und Auffahrt Magdeburger Ring (Nordseite)
7. Leipziger Chaussee entlang der Salbker Chaussee bis zur Kreuzung Ottersleber Chaussee sowie Querungshilfe
8. Zwischen Prester See und Alter Elbe von der Seestraße nach Alt Prester

B. ANLAGEN DES RUHENDEN VERKEHRS FÜR FAHRRÄDER UND LASTENRÄDER

1. Bike & Ride-Anlagen an MVB-Haltestellen im Sinne von Mobilitätsstationen 10 kleine Anlagen für ca. 10-20 Fahrräder sowie 1-2 Lastenräder/Kinder-/Lastenanhänger
2. Errichtung von diebstahlsicheren Fahrradabstellanlagen an ca. 10 weiterführenden Schulen

C. AUFSTELLUNG VON RADMESSSTATIONEN / FAHRRADBAROMETERN

Die geschlossene Messstation unter den Bahnhofsbrücken wird ergänzt durch fünf Standorte an wichtigen Fahrradroutes des roten Radroutennetzes laut aktuellem VEP2030+ Entwurf.

Die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen für die Mittelanträge (z.B. Vorplanung, Einholung von Angeboten, Beteiligung der Fachausschüsse) werden zügig vom Stadtplanungsamt, Tiefbauamt und Fachbereich 40 in Angriff genommen.

Über die beantragten Fördermittel und ihre Bewilligung wird im StBV regelmäßig informiert.

Soweit Planungsaufträge extern vergeben werden müssen, können im Hinblick auf die angestrebte Mittelbewilligung – soweit noch nicht im Haushalt vorgesehen – vorübergehend andere Planungsmittel in Anspruch genommen werden. -

wird **abgelehnt**.

Gemäß vorliegendem interfraktionellem Antrag A0065/21 **beschließt** der Stadtrat mit 30 Ja-, 15 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1075-037(VII)21

Die Landeshauptstadt beteiligt sich am Förderprogramm „Stadt und Land“ und stellt die folgenden Förderanträge:

A. LÜCKENSCHLUSSMAßNAHMEN

1. Cityring Süd – Fuchsberg von Wiener- bis Erich-Weinert-/Helmholtzstraße (Nordseite)

2. Leipziger Straße zw. Kreuzungen Fuchsberg/Erich-Weinert u. Wiener/ Raiffeisenstr.
3. Leipziger Straße zwischen Ackerstraße und Fuchsberg (Westseite)
4. Glacis bis Sternbrücke ab Platz 17. Juni/Seume-/Max-Planck-Straße/Sternbrücke
5. Europaring zwischen Harsdorfer Straße und Olvenstedter Chaussee (Ostseite)
6. Kirschweg zwischen Lilienweg und Auffahrt Magdeburger Ring (Nordseite)
7. Leipziger Chaussee entlang der Salbker Chaussee bis zur Kreuzung Ottersleber Chaussee sowie Querungshilfe
8. Zwischen Prester See und Alter Elbe von der Seestraße nach Alt Prester

B. ANLAGEN DES RUHENDEN VERKEHRS FÜR FAHRRÄDER UND LASTENRÄDER

1. Bike & Ride-Anlagen an MVB-Haltestellen im Sinne von Mobilitätsstationen
10 kleine Anlagen für ca. 10-20 Fahrräder sowie 1-2 Lastenräder/Kinder-/Lastenanhänger
2. Errichtung von diebstahlsicheren Fahrradabstellanlagen an ca. 10 weiterführenden Schulen

C. AUFSTELLUNG VON RADMESSSTATIONEN / FAHRRADBAROMETERN

Die geschlossene Messstation unter den Bahnhofsbrücken wird ergänzt durch fünf Standorte an wichtigen Fahrradroutes des roten Radroutennetzes laut aktuellem VEP2030+-Entwurf.

Die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen für die Mittelansträge (z.B. Vorplanung, Einholung von Angeboten, Beteiligung der Fachausschüsse) werden zügig vom Stadtplanungsamt, Tiefbauamt und Fachbereich 40 in Angriff genommen.

Über die beantragten Fördermittel und ihre Bewilligung wird im StBV regelmäßig informiert.

Soweit Planungsaufträge extern vergeben werden müssen, können im Hinblick auf die angestrebte Mittelbewilligung – soweit noch nicht im Haushalt vorgesehen – vorübergehend andere Planungsmittel in Anspruch genommen werden.

6.9. Installation einer Fahrradbox am Elberadweg /
Knochenhauerufer

A0070/21

Fraktion FDP/Tierschutzpartei
WV v. 15.07.2021

Der vorliegende Antrag A0070/21 wurde von der Fraktion FDP/Tierschutzpartei von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

6.10. Neubau Städtisches Tierheim

A0076/21

Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz
WV v. 15.04.2021

Die Ausschüsse StBV, UwE, FG und GeSo empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander bringt den Antrag A0076/21 ein

Der Stadtrat **beschließt** mit 4 Ja-, 41 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1076-037(VII)21

Der Antrag A0076/21 –

der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planung zum Bau eines neuen Tierheims, beginnend mit der Standortsuche einzuleiten. Die Kapazität soll 250 Plätze für Hunde und 150 Plätze für Katzen, sowie ausreichend Platz für Kleintiere bieten.

Wir bitten um Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, den Finanz- und Grundstücksausschuss und den Ausschuss für Umwelt und Energie.

Dem Stadtrat ist bis zum Ende des Jahres 2021 eine Drucksache zur Errichtung eines neuen Tierheimes in der der Landeshauptstadt Magdeburg vorzulegen. Die Mittel sind im Haushalt einzustellen.

wird **abgelehnt**.

6.11. Sichere Straßenübergänge am Diesdorfer Graseweg

A0079/21

SPD-Stadtratsfraktion
WV v. 06.05.2021

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Antrag A0079/21 ein.

Stadtrat Kumpf, AfD-Fraktion, vertritt den Standpunkt, dass die Kosten gegenüber dem Nutzen in keinem Verhältnis stünden und signalisiert die Ablehnung des Antrages durch seine Fraktion.

Gemäß vorliegendem Antrag A0079/21 **beschließt** der Stadtrat mit 28 Ja-, 9 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1077-037(VII)21

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Übergänge über die Straße Diesdorfer Graseweg in Höhe der Bushaltestellen Diesdorfer Wuhne und Hohendodeleber Weg sicherer zu gestalten.

6.12.	Unterstand/Wartehäuschen "Auf den Höhen"	A0091/21
	Fraktion FDP/Tierschutzpartei	
	WV. v. 06.05.2021	

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Stadtrat **beschließt** mit 5 Ja-, 39 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1078-037(VII)21

Der Antrag A0091/21 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei

An der Haltestelle „Auf den Höhen“ im Magdeburger Stadtteil Ottersleben ist ein Unterstand / Wartehäuschen zu installieren. Zur Umsetzung wird der Oberbürgermeister gebeten, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, Gespräche mit der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG und ggf. (falls notwendig) der Ströer SE & Co. KGaA zu führen.

wird **abgelehnt**.

6.13. Beauftragung/Erstellung eines öffentlichen Wegekatasters

A0097/21

Fraktion GRÜNE/future!
WV v. 06.05.2021

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke bringt den Antrag A0097/21 ein und trägt im Namen ihrer Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag A0097/21/1 der SPD-Stadtratsfraktion mit.

Stadtrat Dr. Zenker, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Änderungsantrag A0097/21/1 ein.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann verweist auf die vorliegende Stellungnahme S0250/21, die eindeutig sei. Er erklärt, dass ihm sich der Nutzen nicht erschließen würde und auch die Frage der Finanzierung nicht geklärt sei. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung des Antrages.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0097/21/1 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mit 25 Ja-, 17 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Der Antrag A0097/21 wird wie folgt geändert:

Der erste Absatz des Antrages wird durch folgende Formulierung ersetzt (Änderungen und Ergänzungen sind **fett** markiert):

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt **sukzessive** ein digitales, öffentliches Wegekataster zu erstellen. **Dieses soll Stück für Stück, zum Beispiel während der Erarbeitung von Drucksachen oder Stellungnahmen, ergänzt werden.** Das Wegekataster soll folgende öffentliche Wege beinhalten: Radwege, Radrouten, Fußwege, Wanderwege und Reitwege. **Des Weiteren sollen im Kataster Querverweise zu bestehenden Prioritätenlisten enthalten sein, sodass zum Beispiel direkt ersichtlich ist, welchen Platz ein Fußweg auf der entsprechenden Prioritätenliste hat.**“

Gemäß vorliegendem Antrag A0097/21 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages mit 24 Ja-, 17 Neinstimmen und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1079-037(VII)21

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt sukzessive ein digitales, öffentliches Wegekataster zu erstellen. Dieses soll Stück für Stück, zum Beispiel während der Erarbeitung von Drucksachen oder Stellungnahmen, ergänzt werden. Das Wegekataster soll folgende öffentliche Wege beinhalten: Radwege, Radrouten, Fußwege, Wanderwege und Reitwege. Des Weiteren sollen im Kataster Querverweise zu bestehenden Prioritätenlisten enthalten sein, sodass zum Beispiel direkt ersichtlich ist, welchen Platz ein Fußweg auf der entsprechenden Prioritätenliste hat.“

Im Kataster sollen folgende Informationen dazu gesammelt werden: Strecke, Länge, Breite, Wegequalität und Beschilderung. Das Kataster soll die Empfehlungen und Vorgaben des Kompetenzzentrums Open Data beim Bundesverwaltungsamt berücksichtigen und kompatibel zu INSPIRE sein.

Neuanträge

- | | | |
|-------|--|----------|
| 6.14. | Straßenbenennung Akazienplatz im Stadtteil Rothensee | A0165/21 |
| | SPD-Stadtratsfraktion | |
-

Es liegt der GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0165/21 in den Ausschuss KRB und der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0165/21 in die AG Straßennamen – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 46 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0165/21 wird in den Ausschuss KRB und in die AG Straßennamen überwiesen.

- | | | |
|-------|--|----------|
| 6.15. | Sichere Fahrradabstellmöglichkeiten am Ulrichplatz 2-6 | A0158/21 |
| | Fraktion FDP/Tierschutzpartei | |
-

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion FDP/Tierschutzpartei – Überweisung des Antrages A0158/21 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 47 Ja--, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0158/21 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- | | | |
|-------|---|----------|
| 6.16. | Schnelle Lösung der dringendsten Probleme in der
Rettungswache der Berufsfeuerwehr Magdeburg | A0159/21 |
| | Fraktion FDP/Tierschutzpartei | |
-

Es liegt der GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0159/21 in den BA KGM und in die Ausschüsse KRB und VW und der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0159/21 – Überweisung des Antrages A0159/21 in den Ausschuss KRB – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 31 Ja-, 13 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0159/21 wird in die Ausschüsse KRB, VW und in den BA KGM überwiesen.

6.17.	Zeitparkplätze Berliner Chaussee - Höhe Lidl und toom-Baumarkt	A0160/21
-------	--	----------

Fraktion FDP/Tierschutzpartei
SR Rupsch, CDU-Ratsfraktion

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion FDP/Tierschutzpartei und der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0160/21 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 33 Ja-, 12 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0160/21 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

6.18.	Aufwertung des Gedenkkalenders der Landeshauptstadt Magdeburg	A0161/21
-------	---	----------

Fraktion FDP/Tierschutzpartei

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion FDP/Tierschutzpartei – Überweisung des Antrages A0161/21 in die Ausschüsse VW und BSS – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 43 Ja-, 1 Neinstimme und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0161/21 wird in die Ausschüsse VW und BSS überwiesen.

6.19.	Gestaltung weiterer Figuren im Elbauenpark	A0163/21
	SR`in Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei SR Müller, Fraktion DIE LINKE	

Es liegt der GO-Antrag der Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei und des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0163/21 in den Ausschuss K – vor.

Stadtrat Bublitz, Fraktion GRÜNE/future!, spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 35 Ja-, 13 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0163/21 wird in den Ausschuss K überwiesen.

6.20.	Installation von digitalen Anzeigetafeln in den Bürgerbüros	A0164/21
	SR`in Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei SR Müller, Fraktion DIE LINKE SR Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion	

Es liegt der GO-Antrag der Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE und des Stadtrat Hausmann – Überweisung des Antrages A0164/21 in die Ausschüsse VW und KRB und der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0164/21 in den Ausschuss FG – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 43 Ja-, 1 Neinstimme und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0164/21 wird in die Ausschüsse VW, KRB und FG überwiesen.

6.21. Magdeburger Wasserstoff-Strategie

A0170/21

CDU-Ratsfraktion

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Änderungsantrag A0170/21/1 der Fraktion GRÜNE/future! – vor.

Es liegt der GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0170/21 in den Ausschuss WTR – vor.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Stadtrat **beschließt** mit 13 Ja- 28 Neinstimmen und 6 Enthaltungen:

Der vorliegende GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0170/21 in den Ausschuss WTR – wird **abgelehnt**.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke erklärt, dass seine Fraktion dem vorliegenden Änderungsantrag A0170/21/1 der Fraktion GRÜNE/future! folgt.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke bringt den Änderungsantrag A0170/21/1 ein.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann spricht sich für die Annahme des Antrages aus.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0170/21/1 der Fraktion GRÜNE/future! **beschließt** der Stadtrat mit 31 Ja-, 9 Neinstimmen und 7 Enthaltungen:

Der Ursprungsantrag wird wie folgt ergänzt (siehe Fettdruck):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dem Stadtrat zu berichten, welche Aktivitäten mit Wasserstoff durch ~~Unternehmen~~ **Institute** der Otto-von-Guericke-Universität, **der Hochschule Magdeburg-Stendal** und weiteren Forschungseinrichtungen in Magdeburg untersucht werden.

Dabei sollen Herausforderungen, Chancen und weitere Aufgabenfelder herauskristallisiert werden.

Gemäß vorliegendem Antrag A0170/21 der CDU-Ratsfraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages mit 37 Ja-, 7 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1080-037(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dem Stadtrat zu berichten, welche Aktivitäten mit Wasserstoff durch Institute der Otto-von-Guericke-Universität, der Hochschule Magdeburg-Stendal und weiteren Forschungseinrichtungen in Magdeburg untersucht werden.

Dabei sollen Herausforderungen, Chancen und weitere Aufgabenfelder herauskristallisiert werden.

6.22. Mehr Verkehrssicherheit für den Magdeburger Wochenmarkt A0171/21

CDU-Ratsfraktion

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Änderungsantrag A0171/21/1 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei vor.

Es liegt der GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0171/21 in die Ausschüsse WTR und StBV vor.

Der Stadtrat **beschließt** mit 46 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0171/21 wird in die Ausschüsse WTR und StBV überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0171/21/1 wird in die Beratungen mit einbezogen.

6.23. Moderner und attraktiver Arbeitgeber Stadt Magdeburg A0172/21

CDU-Ratsfraktion

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0172/21 in die Ausschüsse FuG und GeSo und der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0172/21 in den Ausschuss KRB – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 45 J-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0172/21 wird in die Ausschüsse FuG, GeSo, VW und KRB überwiesen.

6.24. Wanderausstellung „70 Jahre Kunst am Bau“ in Magdeburg zeigen A0175/21

Fraktion DIE LINKE

Gemäß vorliegendem Antrag A0175/21 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat mit 43 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1081-037(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich darum zu bemühen, die aktuelle Wanderausstellung „70 Jahre Kunst am Bau in Deutschland“ ¹ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in die Landeshauptstadt Magdeburg zu holen und nach Möglichkeit im Rathaus zu zeigen.

Im Rahmen eines kleinen Begleitprogramms ist u.a. gewiss eine Podiumsdiskussion mit Sachverständigen verschiedener Bereiche wie bspw. aus dem Kunstbeirat sowie dem Gestaltungsbeirat u.a.m. gerade auch im Hinblick auf künftige Projekte wünschenswert und von großem Bürger(:innen)interesse.

6.25. Zuflucht für Menschen aus Afghanistan A0174/21

Fraktion Grüne/future!
Fraktion DIE LINKE

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Lösch bringt den interfraktionellen Antrag A0174/21 und bittet um Zustimmung.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen die Vertreter aller Fraktionen zur Thematik Stellung.

Stadtrat Dr. Moldenhauer, AfD-Fraktion, verweist in seinen Ausführungen auf eine Studie zu den religiösen Ansichten von Afghanen und erklärt, dass der Antrag nicht im Interesse der Mageburger*innen sein kann. Mit Hinweis auf die Haushaltssituation der Stadt spricht er sich im Namen seiner Fraktion gegen den Antrag aus und beantragt die namentliche Abstimmung.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke erklärt, dass der Stadtrat in dieser Angelegenheit nicht zuständig sei und begründet seine Auffassung.

Stadtrat Liebau, Fraktion GRÜNE/future! macht deutlich, dass die Stadt moralisch verpflichtet sei, diese Menschen aufzunehmen und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler bezeichnet das Statement des Stadtrates Dr. Moldenhauer, AfD-Fraktion, als menschenverachtend und erklärt, dass man in der Gesellschaft mehr Zusammenhalt bräuchte. Allerdings hält er den Antrag für überzogen, da

aus seiner Sicht niemand die Aufnahme von Afghanen verweigern würde und signalisiert seine Stimmenenthaltung.

Stadtrat Dr. Moldenhauer, AfD-Fraktion, fordert den Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler auf zurückzunehmen, dass er rassistisch und menschenfeindlich sei.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass die Ortskräfte in Afghanistan nichts mit Flüchtlingen und Asylsuchenden zu tun haben. Er führt weiter aus, dass das Verfahren bezüglich der Quotenverteilung auf die Kommunen vorher vom Bundesinnenministerium festgelegt wird.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß vorliegendem interfraktionellem Antrag A0174/21 mit 21 Ja-, 17 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1082-037(VII)21

Die Landeshauptstadt Magdeburg bekennt sich dazu, Menschen aus Afghanistan Zuflucht zu gewähren, setzt sich für die Rechte von Geflüchteten ein und solidarisiert sich mit Menschen auf der Flucht.

Dazu erklärt sich Magdeburg bereit, über die Quote hinaus Menschen aufzunehmen.

Der Oberbürgermeister appelliert an die Bundes- sowie Landesregierung, Programme die sowohl Schutz gewährleisten, als auch Integration ermöglichen, aufzusetzen, durch die Aufnahme und Unterbringung von Menschen in Not gesichert ist.

Der Oberbürgermeister berichtet dem Stadtrat regelmäßig über die unternommenen Schritte und Maßnahmen.

6.26. Verkehrsfluss in der Hellestraße

A0178/21

Fraktion AfD

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0178/21 in den Ausschuss StBV -vor.

Der Stadtrat **beschließt** mit 13 Ja-, 22 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Der vorliegende GO-Antrag der AfD-Fraktion – Überweisung des Antrages A0178/21 in den Ausschuss StBV –

wird **abgelehnt**.

Stadtrat Mertens, AfD-Fraktion, bringt den Antrag ein.

Der Stadtrat **beschließt** mit 13 Ja-, 24 Neinstimmen und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1083-037(VII)21

Der vorliegende Antrag A0178/21 –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwiefern es möglich ist, dass ehemals im nordwestlichen Abschnitt bestehende Park- und Halteverbot in der Hellestraße in Sudenburg erneut einzurichten.

wird **abgelehnt**.

6.27. Stadtteilzentrum Cracau
CDU-Ratsfraktion

A0179/21

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der interfraktionelle Änderungsantrag A0179/21/1 vor.

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0179/21 in die Ausschüsse StBV, BSS und FG – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 35 Ja-, 0 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Der Antrag A0179/21 wird in die Ausschüsse StBV, BSS und FG überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0179/21/1 wird in die Beratungen mit einbezogen.

6.28. Erwachsenspielflächen
Fraktion AfD

A0180/21

Stadtrat Kumpf, AfD-Fraktion, bringt den Antrag A0180/21 ein.

Der Stadtrat **beschließt** mit 8 Ja-, 31 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1084-037(VII)21

Der Antrag A0180/21 der AfD-Fraktion –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob in Magdeburg Bedarf an Erwachsenenpielflächen besteht, wo diese errichtet werden könnten und welche Kosten entstehen würden. Dabei sollen auch Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten dargestellt werden.

wird **abgelehnt**.

6.29. Änderung der Abfallgebührensatzung
Fraktion AfD

A0181/21

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0181/21 in den BA SAB – vor.

Der Stadtrat **beschließt** mit 20 Ja-, 25 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der vorliegende GO-Antrag – Überweisung des Antrages A00181/21 in den BA SAB - wird **abgelehnt**.

Stadtrat Kumpf, AfD-Fraktion, bringt den Antrag A0181/21 ein und bittet um Zustimmung.

Der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz nimmt zum Antrag Stellung und verweist auf die Folgen, die sich mit einer Beschlussfassung ergeben würden. Er bittet darum, auch unter dem Aspekt der Einnahmen, beim jetzigen Verfahren zu bleiben.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke bedauert, dass der Antrag nicht in den BA SAB überwiesen wurde. Er erklärt, dass ihm solche Probleme ebenfalls bekannt seien und bittet die Mitglieder des BA SAB, sich mit dieser Thematik zu befassen.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander berichtet über seine Erfahrungen bei der Abgabe von Grünschnitt und merkt an, dass er sich auch eine Überweisung in den BA SAB gewünscht hätte.

Stadtrat Kumpf, AfD-Fraktion, erläutert nochmals die Intention des Antrages.

Der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz verweist auf die Regelungen in der Abfallgebührensatzung, bietet aber an, im BA SAB in Ruhe diese Thematik zu diskutieren bzw. sorgfältig darzustellen.

Nach weiterer Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 13 Ja-, 26 Neinstimmen und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1085-034(VII)21

Der Antrag A0181/21 der AfD-Fraktion –

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt Magdeburg (Abfallgebührensatzung) wird in § 3 Sonderregelungen (3) Abs. 2 wie folgt geändert:

*„Für die Anlieferung von Gartenabfällen und Sperrmüll an den Abfallentsorgungsanlagen erfolgt bis zu einer Menge von **zwei** Kubikmeter je Abfallart durch Abfallbesitzer, die an die regelmäßige Restabfallentsorgung der Stadt angeschlossen sind, keine Gebührenerhebung.“*

wird **abgelehnt**.

6.30. Erweiterte Realität für den Breiten Weg

A0182/21

Fraktion AfD

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann bringt den Antrag A0182/21 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages in die Ausschüsse FG, K und WTR – ein.

Der Stadtrat **beschließt** mit 16 Ja-, 26 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0182/21 in die Ausschüsse FG, K und WTR –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 12 Ja-, 27 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1086-037(VII)21

Der vorliegende Antrag A0182/21 der AfD-Fraktion –

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie für einen Teilabschnitt des Breiten Weges die historische barocke Altstadt mittels erweiterter Realität visualisiert und touristisch vermarktet

werden kann. In die Prüfung sollen die potenziellen Kosten sowie Art, Umfang und technische Umsetzung einbezogen werden.

wird **abgelehnt**.

6.31. Protected Bikelane in der Straße "Am Fuchsberg"

A0166/21

Interfraktionell

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke bringt den interfraktionellen Antrag A0166/21 ein.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, macht ergänzende Ausführungen zur Zielstellung des Antrages.

Der Leiter des Bauordnungsamtes Herr Schütt, in Vertretung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Rehbaum teilt mit, dass die Verwaltung bereits an der Planung eines Geh- und Radweges in diesem Bereich arbeitet.

Stadtrat Mertens, AfD-Fraktion, merkt an, dass die Situation in diesem Bereich nicht die beste sei, man aber physische Abstandsregeln zum Autoverkehr braucht. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung des Antrages A0166/21.

Gemäß vorliegendem interfraktionellem Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 26 Ja, 13 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1087-037(VII)21

Der Stadtrat nimmt die Information I0100/21 zur Kenntnis und beauftragt auf dieser Grundlage den Oberbürgermeister eine Protected Bikelane (geschützter Radstreifen) zu errichten mit dem Ziel eines Lückenschlusses der bisher auf der Südseite fehlenden Radinfrastruktur in der Straße „Am Fuchsberg“ und der Erich-Weinert-Straße (zwischen Leipziger Straße und Helmholtzstraße) bis zum ersten Halbjahr 2022.

Die erstmals in 2019 beschlossenen Haushaltsmittel, welche schon in 2021 übertragen wurden, sind erneut ins nächste Haushaltsjahr zu übertragen und für die Umsetzung zu nutzen.

- 6.32. Festungsradweg A0167/21
 Fraktion Grüne/future!
-

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0167/21 in die Ausschüsse FG, StBV und WTR – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 40 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0167/21 wird in die Ausschüsse FG, StBV und WTR überwiesen.

- 6.33. Farbliche Hervorhebung von Bordradwegen A0168/21
 Interfraktionell
-

Gemäß vorliegendem interfraktionellem Antrag A0168/21 **beschließt** der Stadtrat mit 33 Ja-, 8 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1088-037(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zukunft bei allen Neubauprojekten, Lückenschlussmaßnahmen und grundhaften Sanierungen die Bordradwege in rötlicher Farbgebung auszuführen. Dabei sind entweder rot eingefärbter Asphalt, rot eingefärbte Betonplatten oder Betonsteine zu verwenden.

- 6.34. Mietspiegel A0169/21
 Fraktion Grüne/future!
-

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Änderungsantrag A0169/21/1 der CDU-Ratsfraktion vor.

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0169/21 in die Ausschüsse StBV und FG und der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0169/21 in die Ausschüsse VW, StBV, GeSo und KRB – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 34 Ja-, 5 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Der Antrag A0169/21 wird in die Ausschüsse StBV, FG, VW, GeSo und KRB überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0169/21/1 der CDU-Ratsfraktion wird in die Beratungen mit einbezogen.

6.35. Digitalisierung in Aufsichtsgremien A0173/21

Fraktion Grüne/future!

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Änderungsantrag A0173/21/1 der Fraktion DIE LINKE vor.

Es liegt der GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0173/21 in den Ausschuss VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 37 Ja-, 0 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Antrag A0173/21 wird in den Ausschuss VW überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0173/21/1 wird in die Beratung mit einbezogen.

6.36. Katastrophenschutz A0176/21

Fraktion Grüne/future!

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke bringt den Antrag A0176/21 ein.

Der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz unterstützt den vorliegenden Antrag.

Gemäß vorliegendem Antrag A0176/21 **beschließt** der Stadtrat mit 38 Ja-, 4 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1089-037(VII)21

Der Oberbürgermeister wird gebeten in Auswertung der jüngsten Hochwasserereignisse zu prüfen:

1. ob die in Magdeburg genutzte Technik insbesondere zur Alarmierung und Warnung in Katastrophen- und Notfällen zeitgemäß ist oder sich hier Anpassungs- und Erneuerungsbedarf ergibt.
2. ob sich veränderte Gefährdungseinschätzungen bezüglich plötzlich auftretender Hochwasserereignisse insbesondere an kleineren Wasserläufen ergeben und sich daraus Handlungsbedarf ableitet.
3. welche Lücken im Hochwasserschutz entlang der Elbe noch bestehen und wie und in welchem Zeitraum sie zu beseitigen sind.

6.37.	Frühestmögliche Einbeziehung der Gemeinwesenarbeitsgruppen (GWA) in Projekte der Stadtentwicklung (reloaded)	A0177/21
	Fraktion DIE LINKE	

Gemäß vorliegendem Antrag A0177/21 **beschließt** der Stadtrat mit 23 Ja-, 14 Neinstimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1090-037(VII)21

Der Stadtrat bekräftigt den nach wie vor gültigen Beschluss vom 09.02.2006 (!) zur **Frühestmöglichen Einbeziehung der Gemeinwesenarbeitsgruppen (GWA) in Projekte der Stadtteilentwicklung (A0208/05)** als Ausdruck der Stärkung der Arbeit der GWAn und im stetigen Bemühen um mehr Bürger:innen-Beteiligung und Transparenz von Entscheidungen und beauftragt zugleich den Oberbürgermeister, Gelegenheit zu nehmen alle zuständigen Stellen der Stadtverwaltung entsprechend zu informieren, proaktiv auf die GWA-Gruppen zuzugehen und über aktuelle und sie betreffende Vorhaben in den Stadtteilen frühestmöglich kompetent zu informieren und nach Möglichkeit zu beteiligen.

6.38.	Übernahme Bürgschaft/ Kautions zur Ermöglichung zeitnaher Bestattung auf dem Jüdischen Friedhof	A0183/21
	Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0183/21 in den Ausschuss FG, der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0183/21 in die Ausschüsse KRB und FG, der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0183/21 in

die Ausschüsse KRB und VW und der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0183/21 in die Ausschüsse VW, GeSo und KRB – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mit 45 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Der Antrag A0183/21 wird in die Ausschüsse FG, KRB, VW und GeSo überwiesen.

6.39.	Kurzfristige auswärtige Unterbringung der Schimpansen des Magdeburger Zoos	A0184/21
	Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0184/21 in den Ausschuss UwE – vor.

Der Stadtrat **beschließt** mit 12 Ja-, 28 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Der GO-Antrag - der Antrag A0184/21 wird in den Ausschuss UwE überwiesen – wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 2 Ja-, 42 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1091-037(VII)21

Der Antrag A0184/21 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz -

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der Leitung des Magdeburger Zoos kurzfristig für eine bessere auswärtige Unterbringung der Schimpansen Sorge zu tragen.

wird **abgelehnt**.

- | | | |
|-------|---|----------|
| 6.40. | Sprachwirrwarr beenden - Deutsche Rechtschreibung statt Gendersprache | A0185/21 |
| | Fraktion AfD | |
-

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann bringt den Antrag A0185/21 ein.

Stadträtin Brandt, SPD-Stadtratsfraktion, signalisiert im Namen ihrer Fraktion die Ablehnung zum Antrag.

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka übt Kritik an der Einbringung des Vorsitzenden der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann und sieht darin einen Verstoß gegen die Gleichbehandlung von Geschlechtern.

Der Stadtrat **beschließt** mit 10 Ja-, 25 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1092-037(VII)21

Der Antrag A0185/21 der AfD-Fraktion –

Die Landeshauptstadt Magdeburg verwendet bei ihren internen und externen Schriften ab sofort und durchgängig die Regelungen der deutschen Rechtschreibung und distanziert sich vom Gebrauch der sogenannten „gendergerechten“ Sprache.

wird **abgelehnt**.

- | | | |
|-------|---|----------|
| 6.41. | Verkehr in Magdeburg sicherer, effizienter und klimaschonender gestalten! | A0186/21 |
| | SPD- Stadtratsfraktion | |
-

Der Antrag A0186/21 wurde von der SPD-Stadtratsfraktion von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

- 6.42. Verkehrssicherheit vor Familien- und Jugendzentrum "Die Brücke" in Neu-Olvenstedt A0187/21
- SR Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion
SR`in Middendorf, CDU-Stadtratsfraktion
-

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion FDP/Tierschutzpartei und der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0187/21 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 32 Ja-, 0 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Der Antrag A0187/21 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

7. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Bürger 1

Kostenfreie Räumlichkeiten für Peter Sodanns Bücherverkauf

In der Stadt Magdeburg kursieren Gerüchte darüber, dass dem ehemaligen Schauspieler Peter Sodann aus Halle/S. von der Stadt Magdeburg kostenfreie Räumlichkeiten für seinen Bücherverkauf zur Verfügung gestellt werden. (Ladengeschäft der WOBAU, Breiter Weg und Lagerflächen für seinen Bücherbestand) Stimmt dies? Gibt es darüber einen Stadtratsbeschluss, und wenn ja, mit welcher Begründung? Wie hoch sind die jährlichen Betriebskosten? Über welchen Zeitraum gibt es vertragliche Regelungen? Ich habe für derartige Aktivitäten überhaupt kein Verständnis, wenn es um die „Rettung von DDR-Literatur“ geht. Die Bibliotheken und Antiquariate, auch in Magdeburg, sind voll davon! Die deutsche Bibliothek bzw. Nationalbibliotheken in Leipzig/Frankfurt/M. haben die umfangreichste Sammlung dazu. Nicht ging verloren, weil die Verlage von jeder Auflage automatisch mehrere Belegexemplare abliefern.

Andererseits werden die in Magdeburg lagernden Bücherschätze von den Stadtverwaltungen gering-geschätzt. Die Bestände der ehemaligen Klosterbibliothek bzw. der Folgeorganisation „Pädagogium“ des alten Klosters „Unsere Lieben Frauen“ lagern seit mindestens zwei Jahrzehnten in Kisten verpackt und können nicht genutzt werden. Jüngste mündliche Anfrage an Dr. Förster bzw. Dr. Köster bestätigen dies. Hinzukommen als Gründe Platzmangel und keine Verwaltungskraft. Diesbezüglich hatte ich im Jahr 2018 – im Zuge der Bewerbung um die Kulturhauptstadt Europas – in dessen Büro eine Änderung voranstehender Situation vorgeschlagen, dass die Lagerbestände in die des Stadtarchivs integriert werden sollten. Die Folge – wie üblich und zu erwarten – eine ablehnende Antwort mit den Ausflüchten: „Ja, wenn wir Kulturhauptstadt werden, dann kann man mal darüber nachdenken.“

Wird hier nicht mit zweierlei Maß gemessen? Die Stadt Magdeburg bzw. das Stadtarchiv leistet sich eine neue hauptamtliche Stelle auf der europaweiten Suche nach Magdeburger Quellen, aber für das Nächstliegende ist nichts da. Vielleicht braucht es eine Neuauflage zu „Mit Bibel und Spaten“, um unsere vorhandenen Bücherschätze wieder „auszugraben“.

Antwort der Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Frau Stieler-Hinz:

Eingehend auf die Fragestellung teilt die Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Frau Stieler-Hinz mit, dass es sich bei der „Bücherkiste“ um ein zivilgesellschaftliches Engagement handelt und die Stadtverwaltung hierfür keine Gelder ausgibt. Es sei ihr jedoch bekannt, dass in Absprache mit der Wobau ein entsprechender Sponsor agiert. Sie gibt in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass die Stadtbibliothek einen Kooperationsvertrag mit dem Verein „Bücherkiste“ zur gegenseitigen Unterstützung abgeschlossen hat.

Bezüglich der Nachfrage zum Kloster „Unsere Lieben Frauen“ informiert Frau Stieler-Hinz, dass im Zuge der Sanierung daran gearbeitet werde, die dortige Bibliothek der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung stellen zu können. Sie führt weiter aus, dass sich auch derzeit von den zuständigen Mitarbeitern des Stadtarchivs, der Bibliothek und des Klosters um gute Lagermöglichkeiten für die Literatur- und Kulturschätze bemüht werde.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Bürger 2

Einwohnerversammlung

Wann ist die nächste Einwohnerversammlung in der Stadt Magdeburg geplant? Mit Hinweis darauf, dass es zwei unterschiedliche Aussagen zur Infektionslage gibt, bittet er die Verwaltung, hierzu Stellung zu nehmen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Herr Dr. Trümper informiert, dass es zwei Einwohnerversammlungen im Jahr gibt und die nächste am 20.10.2021 in der Leipziger Straße stattfinden wird. Er bittet den Bürger, ihm seine Fragen im Vorfeld zukommen zu lassen.

Bürgerin 3

Probleme mit EU-Bürgern in der Alten Neustadt

Ich wohne in der Alte Neustadt und es gibt nach wie vor Probleme im Zusammenleben mit den rumänischen Bürger*innen. Bis spät in die Nacht sind die Anwohner*innen durch den Lärm belästigt. Trotz des Einsatzes von Ordnungsämtern und anderen Behörden, ist die Situation nicht zufriedenstellend. Was gibt die Stadtordnung her, um das Problem zu beseitigen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Eingehend auf die Fragestellung der Bürgerin teilt Herr Dr. Trümper mit, dass sie bereits in seiner Sprechstunde war und er veranlasst habe, dass das Ordnungsamt und die Polizei sich ein Bild von der Vorortsituation macht.

Er macht deutlich, dass man das Problem mit den jetzigen Rahmenbedingungen nicht lösen kann und in dieser Frage der Bund zuständig ist.

Ergänzende Antwort des Leiters des Bauordnungsamtes Herrn Schütt in Vertretung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Rehbaum :

Herr Schütt informiert, dass er sich die Situation vor Ort angeschaut hat und dabei keine Verstöße feststellen konnte, die rechtfertigen, dort einzugreifen.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz ergänzt, dass das Ordnungsamt dieses Gebiet regelmäßig bestreift, aber bei Problemen im Zusammenleben seitens der Verwaltung nichts getan werden kann.

8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

8.1 Schriftliche Anfrage (F00256/21) de Stadtrates Liebau, Fraktion GRÜNE/future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der kommenden Stadtratssitzung am 07.10.2021 soll mit der Drucksache DS0383/21 die Finanzierung zur Modernisierung der Stadthalle mit Außenanlagen beschlossen werden.

Dazu frage ich Sie:

1. Warum bekommen wir eine Finanzierungsdrucksache mit deutlichen Änderungen (u.a. eine Verdoppelung der Parkplätze auf fast 600) gegenüber dem Beschluss aus 2017 (Entwurfsplanung) für die Stadthalle und die Hyparschale vorgelegt, ohne dass diese bisher in den entsprechenden Ausschüssen beraten und beschlossen wurden?

2. Halten Sie es für gerechtfertigt, dass die Klimarelevanzprüfung dazu nicht stattgefunden hat, obwohl der Inhalt der Drucksache eindeutig eine Klimarelevanz nach den 8 Leitfragen beinhaltet?

Eine mündliche Beantwortung wird erbeten.

Antwort der Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger:

Eingehend auf die Fragestellung bestätigt Frau Stieger, dass es sich bei der Drucksache um eine Finanzierungsdrucksache und keine Bauangelegenheiten handelt.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.2 Schriftliche Anfrage (F0243/21) des Stadtrates Schwenke, CDU-Ratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

immer wieder bekommen wir die Mitteilung, dass es keine Termine – wie zum Beispiel für die Beantragung eines Dokumentes – in den Bürgerbüros der Landeshauptstadt Magdeburg gibt. Die Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern häufen sich.

Daher frage ich Sie wie folgt:

1. Welche Gründe liegen vor, dass Bürgerinnen und Bürger keine Termine in den Bürgerbüros bekommen?
2. Wann werden die Probleme in den Bürgerbüros behoben?
3. Was unternimmt die Stadt Magdeburg, dass Bürger schnellstmöglich ihre Dokumente erhalten?

Ich bitte um eine kurze mündliche sowie um eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz legt dar, dass es pandemiebedingt einige Probleme in den Bürgerbüros gibt, was zu einem Rückstau führte. Er erklärt, dass derzeit daran gearbeitet werde, dieses Problem zu lösen. Dabei werde auch das Terminsystem überdacht und zusätzliches Personal bereitgestellt. Herr Platz bietet den Fraktionen an, das Problem dezidiert vorzustellen.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke bittet darum, die Öffentlichkeit von den Plänen mit einer zeitlichen Vorstellung zu informieren.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.3 Schriftliche Anfrage (F233/21) der Stadträtin Brandt, SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

auf Grund der seit über einem Jahr bestehenden weltweiten CoV-19-Pandemie und deren nicht absehbaren gesellschaftlichen Auswirkungen insbesondere für Kinder und Jugendliche auch in Deutschland, treibt uns die Thematik der Kindeswohlgefährdung im besonderen Maße um. In einem Volksstimme Artikel vom 13.08.2021 wurde darüber berichtet, dass die Jugendämter in Sachsen-Anhalt Alarm schlagen, da die Zahl der Verdachtsfälle von Kindeswohlgefährdung stark angestiegen ist.

Daher fragen wir Sie:

1. Wieviel Verdachtsfälle von Kindeswohlgefährdung gab es im Jahr 2020 in Magdeburg?
2. Wie hoch ist der Anstieg von 2020 zu 2021 und wieviel Verdachtsfälle gibt es bisher in diesem Jahr?
3. Wieviel Kinder wurden seit 2020 in Obhut genommen?
4. Welche Maßnahmen wurden zur Verringerung der Anzahl der Verdachtsfälle vorgenommen?
5. Reicht die momentane Personalbemessung der Stadtverwaltung für diesen Bereich aus oder könnte mit einer größeren Personaldecke von Sozialarbeitern/-innen im Vorfeld früher eingeschritten werden.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris:

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris teilt mit, dass sich die Anzahl der Gefährdungseinschätzung von 2018 zu 2020 nicht erhöht hat. Sie informiert weiterhin, dass bei der Inobhutnahme auch kein Anstieg zu verzeichnen ist. (Im Jahr 2019 – 242 Inobhutnahmen, im Jahr 2020 – 202 Inobhutnahmen – und im Jahr 2021 mit Stand vom 31.08.2021 132 - Inobhutnahmen)

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.4 Schriftliche Anfrage (F0244/21) des Stadtrates Kohl, AfD-Fraktion

Sehr geehrter Oberbürgermeister Dr. Trümper,

Wie bei vergangenen Wahlen sind auch derzeit wieder Wahlplakate von Parteien in verschiedenen Fußgängerzonen und -bereichen in Magdeburg angebracht. So z.B. am Willy-Brandt-Platz, Erhard-Hübener-Platz, Ulrichplatz, in der Leiterstraße und Goldschmiedebrücke.

Gemäß der Wahlsichtwerbung-Sondernutzungssatzung sind Plakate an Lichtmasten in einer Höhe von mindestens 2,20 m anzubringen. Zudem ist das Anbringen von Plakaten an Lichtmasten mit Farbgebung oder Pulverbeschichtung unzulässig. Nach meiner Auffassung sind die in den vorgenannten öffentlichen Wegen und Plätzen vorhandenen Lichtmasten mit einer Farbgebung oder Pulverbeschichtung versehen oder von der Bauart nicht geeignet, um bei einer Anbringung von Wahlplakaten eine Mindesthöhe von 2,20 m einzuhalten.

Ich frage Sie daher:

1. Wie viele Wahlplakate sind am Willy-Brandt-Platz, Erhard-Hübener-Platz, Ulrichplatz, in der Leiterstraße und Goldschmiedebrücke angebracht?
2. Wie viele dieser Plakate sind ordnungsgemäß bzw. nicht ordnungsgemäß im Sinne der Wahlsichtwerbung-Sondernutzungssatzung angebracht? Die Plakate welcher Parteien sind nicht ordnungsgemäß angebracht?
3. Welche Maßnahmen wird die Stadt ergreifen, um den beschriebenen und gegebenenfalls ordnungswidrigen Zustand jetzt zu beenden und für die Zukunft zu vermeiden?

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Eingehend auf die 1. Frage teilt Herr Platz mit, dass ihm die Anzahl der dort angebrachten Plakate nicht bekannt sei.

Er versichert, dass, wenn das Ordnungsamt eine Ordnungswidrigkeit feststellt, dies ein Verfahren nach sich ziehen würde. Herr Platz stellt klar, dass die Plakate nur dann abgenommen werden, wenn es den öffentlichen Radverkehr gefährden würde.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.5 Schriftliche Anfrage (F0241/21) des Stadtrates Papenbreer, Fraktion FDP/Tierschutzpartei

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Sanierungsarbeiten der Bundesstraße 1 haben planmäßig für die stadteinwärts führenden Fahrspuren am 16.08.2021 begonnen. Gleichzeitig ist aktuell aufgrund der Bauarbeiten für den Ersatzneubau Strombrückenzug (Auffahrt-Bauarbeiten) die Zufahrt von der Brückstraße auf die Anna-Ebert-Brücke gesperrt. Mir ergibt sich daraus folgende Frage:

1. Wieso hat man die Sanierungsarbeiten der Bundesstraße 1 nicht um einige Wochen vorverlagert um die gleichzeitige Baumaßnahme mit der Sperrung der Brückstraße zu verhindern?

Die grundhaften Sanierungsarbeiten der Bundesstraße 1 für die stadtauswärtsführenden Fahrspuren sollen laut Volksstimme-Artikel vom 05.08.2021 im Sommer 2022 erfolgen. Voraussichtlich ab dem 15.07.2022 kommt es aufgrund der Bauarbeiten für den Ersatzneubau Strombrückenzug jedoch auch zur Vollsperrung der Strombrücke. Durch die Sperrung wird der gesamte Straßenverkehr von und nach Ostelbien dann über den Nordbrückenzug (B1) umgeleitet. Mir ergeben sich diesbezüglich folgende Fragen:

2. Wann wird ein genauer Termin für die Baumaßnahmen (2. Bauphase) auf der Bundesstraße 1 festgelegt?
3. Ist damit zu rechnen, dass die Sanierungsarbeiten auf der Bundesstraße 1 zeitgleich mit der Vollsperrung der Strombrücke erfolgen?

Wenn ja:

Aus welchem Grund sind die Planungen so erfolgt? Ist eine zeitversetzte Terminierung der Bauarbeiten nicht ratsamer, um vorhersehbare Staus in der Stadt zu vermeiden?

Ich bitte Sie, um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Antwort.

Antwort des Leiters des Bauordnungsamtes Herrn Schütt in Vertretung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Rehbaum:

Der Leiter des Bauordnungsamtes Herr Schütt teilt mit, dass der Bauzeitraum durch das Landesverwaltungsamt vorgeben wurde, da die B1 aktuell die Umleitungsstrecke der A2 ist. Er führt weiter aus, dass die Stadtverwaltung die terminliche Fixierung bis Jahresende mit dem Landesverwaltungsamt abklärt. Zur Frage 3 erklärt Herr Schütt, dass derzeit noch keine Aussage getroffen werden kann.

Ergänzende Antwort des Bürgermeisters Herrn Der Bürgermeister Herr Zimmermann:

Der Bürgermeister Herr Zimmermann ergänzt, dass die Verwaltung für die Sanierung der Jerichower Straße nur dieses Zeitfenster bekommen hat und alles darangesetzt wird, die Fertigstellung zum 20.09.2021 einzuhalten. Bezüglich der Sperrung der Cracauer Straße merkt er an, dass diese auch nicht verschoben werden konnte, da dies die Abläufe beim Strombrückenbau verhindern würde.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Zu den noch vorliegenden Anfragen F0232/21, F0235/21, F0236/21, F0237/21, F0238/21, F0239/21, F0240/21, F0242/21, F0245/21, F0246/21, F0247/21, F0248/21, F0249/21, F0250/21, F0251/21, F0252/21, F0253/21, F00254/21, F0255/21 und F0257/21 erfolgt die Antwort schriftlich durch die Verwaltung.

9. Informationsvorlagen

Die unter TOP 9.1 – 9.19 vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Prof.Dr. Alexander Pott
Vorsitzender

Silke Luther
Schriftführerin

Norman Belas
1. stellv. Vorsitzender

Anlage 1 – Persönliche Erklärung des Vorsitzenden des Ausschusses UwE
Stadtrat Moll

Anlage 2 – Namentliche Abstimmung zum TOP 5.16 – DS0309/21

Anlage 3 – Persönliche Erklärung der Stadträtin Dr. Hüskens – Fraktion FDP/Tierschutzpartei

Anlage 4 – Namentliche Abstimmung zum TOP 6.25 – A0174/21

Anwesend:

Vorsitzende/r

Prof.Dr. Alexander Pott

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas

Anke Jäger

Tobias Baum

Julia Bohlander

Matthias Borowiak

Matthias Boxhorn

Julia Brandt

Stephan Bublitz

Jürgen Canehl

Aila Fassl

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

Christian Hausmann

Michael Hoffmann

Dr. Lydia Hüskens

Dennis Jannack

Kornelia Keune

Oliver Kirchner

Matthias Kleiser

Hagen Kohl

Karsten Köpp

Ronny Kumpf

Urs Liebau

Madeleine Linke

Nadja Lösch

Julia Mayer-Buch

Olaf Meister

Christian Mertens

Hans-Joachim Mewes

Steffi Meyer

Stefanie Middendorf

Dr. Jan Moldenhauer

Burkhard Moll

Oliver Müller

Kathrin Natho

Stephan Papenbreer

Frank Pasemann

Tim Rohne

Jens Rösler

Manuel Rupsch

Chris Scheunchen

Robby Schmidt

Evelin Schulz

Andreas Schumann

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Mirko Stage

Barbara Jutta Tietge

Dr. Lutz Trümper
Dr. Thomas Wiebe
Roland Zander
Dr. Niko Zenker
Geschäftsführung
Silke Luther

Abwesend - entschuldigt
René Hempel
Bernd Heynemann
Carola Schumann
Reinhard Stern